

Grenzüberschreitender Stromaustausch soll steigen
 PreussenElektra will DDR-Stromwirtschaft modernisieren
 Hannover (dpa/VWD). Die Vebe-Tochter der DDR gebe es Nachholbedarf in der Stromwirtschaft. Auch in Polen, Ungarn und in der GDR gebe es Defizite.
 der DDR gebe es Nachholbedarf in der Stromwirtschaft. Auch in Polen, Ungarn und in der GDR gebe es Defizite.

Westberliner Geschäftsmann sucht Haus in Ost-Berlin (Müggelsee) oder Ostseeküste
 #18-0914 Morgenpost, Berlin 11, Postfach 110 303

AEG und VEB kooperieren
 Berlin (dpa/VWD). Die AEG AG und das DDR-Kombinat VEB Lokomotivbau-Elektrotechnik wollen ein technisches

Autohandel
 Führendes japanisches Produkt mit großem Gebrauchtwagenbestand sucht Geschäftskontakte in der DDR u. Berlin.
 #18-1275 Morgenpost, Berlin 11, Postfach 110 303

Immobilienfirma
 sucht seriöse Geschäftsbeziehungen in Ost-Berlin und der DDR.
 # 18-1277 Morgenpost, Berlin 11, Postfach 110 303

Bankenneuland DDR

Sonderschwerpunkt

Löcher in der Mauer



Die westberliner und westdeutsche Linke hat von der Geschichte wiederum ein Politikfeld zugewiesen bekommen, auf dem sie sich tummelt und sich dabei in die Tasche lügen kann, daß ihre darüber verbreiteten Weisheiten erneut dem besseren Teil der Menschheit zugute kämen. Und dies würde sich für die "Linke" letztendlich auch auszahlen. Sie würde wieder zu einer "gesellschaftlichen Kraft" werden - so die mehr oder minder offen formulierte Hoffnung dieser Interventionen.

Kartellamt billigt VW-IFA
 Berlin (dpa/VWD). Das Bundeskartellamt hat das erste deutsch-deutsche Gemeinschaftskartell rechtlich geprüft und unbedenklich auf Anfrage bestätigt. Die IFA (Industrielle Fahrzeugwerke AG) ist ein Zusammenschluss von VW und IFA.

DDR-Bürger und Westberliner
 WUR/TMAXE
 Inhaber: ...
 ...

Dresdner Bank wieder in Dresden
 Berlin (VWD). Die Dresdner Bank AG wird in Kürze in Dresden ein Zweigbüro eröffnen.

WestLB in Ost-Berlin vertreten

Rrrevolution !!!

You say you want a revolution
 Well, you know, We all want to change the world
 You tell me that's evolution
 Well, you know, We all change the world
 But when you talk about destruction
 Don't you know, you can count me out

Beatles 1968

Mögen sie für die "taz" oder für die FAU-Anarchosyndikalisten in der "direkten aktion" oder für die "metall" schreiben - es herrscht ein merkwürdiger Konsens in Sachen DDR und der heißt: Es habe eine Revolution stattgefunden.

Ja, da wird mal wieder die Erscheinungsebene für das Wesen gehalten. Nicht daß es schlecht wäre, wenn Menschenmassen eine Regierung in Frage stellen und somit ein Austausch des politischen Personals incl. geänderter Verkehrsformen erzwingen; aber setzt nicht die Verwendung des Begriffs "Revolution" den Begriff Klasse voraus? SPDler brauchen sich bekanntlich nicht in solche theoretischen Unkosten stürzen, wenn sie das eigene Volk einseifen. Und für die FAU gilt dies offensichtlich auch. Wobei hier angemerkt werden muß, daß nicht das Volk sondern ihre schmale Anhängerschaft geseift wird. Den theoretischen Sozialdemokratismus - neudeutsch Systemtheorie - den teilt die FAU bedauerlicherweise mit zahlreichen anderen selbsternannten westdeutschen und westberliner Revolutionären.

Bereits 1967 verwies die maoistische Spartakusgruppe in der verbotenen KPD auf die Existenz einer neuen Klasse in der DDR und geißelte in ihren Flugschriften den Luxus von Wandlitz. Im darauffolgenden Jahrzehnt war es unter MLern Usus, in der DDR eine Gesellschaft zu sehen, in deren oberem Teil eine neue Klasse - hervorgegangen aus der SED und den ihr assoziierten Intellektuellen - thront. Das war zwar alles recht polemisch und wenig analytisch und desöfteren aus albanischen oder chinesischen Quellen abgeschrieben. Aber es gab auch eigenständige Arbeiten. Hier sei nur an die Untersuchung von Uwe Wagner "Vom Kollektiv zur Konkurrenz"(1974) und an die von Philipp Neumann "Zurück zum Profit"(1974) erinnert.

Indem heute ohne Bezugnahme auf die DDR-Klassenstrukturen und ohne Parteilichkeit fürs DDR-Proletariat den "linken" Textern die "richtigen" Einsichten nur so aus dem Schreibautomaten fließen, schimmert die Surrogatfunktion der aktuellen DDR-Entwicklung für das Ausbleiben der Massenbewegungen im eigenen Land mehr als deutlich durch.

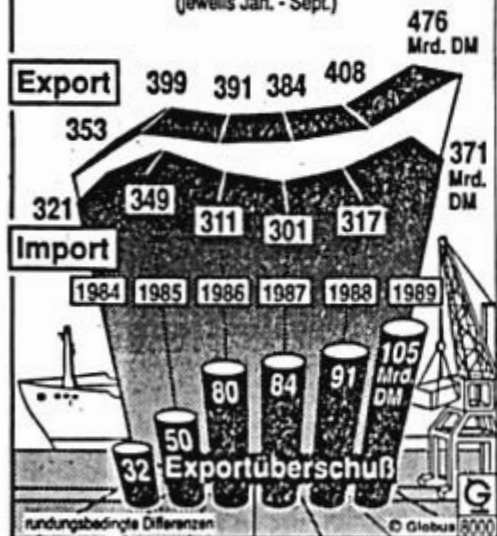
Für Lenin bedeutete gesellschaftlicher Fortschritt: "Der ganze wachsende Reichtum, der sich aus der vereinigten Arbeit einer großen Zahl von Arbeitern oder aus Produktionsverbesserungen ergibt, kommt der Kapitalistenklasse zugute... Deshalb gibt es nur ein Mittel, um der Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital ein Ende zu machen: das Privateigentum an Arbeitsinstrumenten abzuschaffen...Dazu aber muß die politische Macht, d.h. die Macht, die den Staat lenkt...in die Hände der Arbeiterklasse übergehen." (LW2/100f)

Wenn es stimmt, daß in der DDR eine neue Klasse das DDR-Proletariat saugt, dann behielte Lenin um so mehr recht. Und dann reicht es bei weitem nicht aus, bürgerliche Verkehrsformen für (staats)kapitalistische Strukturen zu fordern. Pervers wird es allerdings, wenn Westlinke hierin die historische Erfüllung für das sehen, was in der Linken gemeinhin - gestützt auf den wissenschaftlichen Sozialismus - als Fortschritt bezeichnet wird.

Doch die Aussichten sind düster. Denn für die Westlinke (Und wo ist eigentlich die Ostlinke?) reicht offensichtlich der Revolutionsbegriff der Beatles als theoretisches Fundament völlig aus, um sich unter den DDR-Oppo-Gruppen politisch zu tummeln bzw. ihnen kluge Ratschläge aus *sozialistischer* Sicht zu verabreichen.

Boom im Außenhandel

der Bundesrepublik Deutschland in Milliarden DM
 (jeweils Jan. - Sept.)



Das Spektrum der gegenwärtig vertretenen "linken" Meinungen variiert im Kern nur um die Parole "Hände weg von der DDR". Und hier zeigt sich - wie so oft in den letzten Jahren - ein gefährlicher Voluntarismus und eine Geringschätzung des Wertes von gesellschaftlicher Analyse. Ohne ideologische Bauch-



schmerzen ist der linke Mensch mit allen "oppositionellen" Kräften in der DDR solidarisch, während er die banale Frage wer/wen, dh. die Frage nach der Klasse gar nicht stellt. Und von daher ist es ganz gleich, ob es sich um das Neue Forum handelt, das sich mit den BRD-Kapitalisten trifft, um die zukünftige Joint-venture-Politik für die DDR zu besprechen (siehe Mopo vom 26.11.89), oder um die DDR-Sozialdemokraten von der SDP, bei denen die Spitzenfunktionäre der BRD-Sozialdemokratie antichambrieren (und umgekehrt), um Weichen der künftigen Zusammenarbeit zu stellen, falls man(n) 1990 in West und Ost die neue Regierung stellt. So forderte z.B. die von Trotzkiisten und "Exstalinisten" gebildete VSP in ihrer "Soz" vom 23.11.89: "Eine revolutionäre demokratische Bewegung wie in der DDR muß bedingungslos unterstützt werden". Und der BWK entblödete sich nicht, in seiner Ausgabe der "Politischen Berichte" 21/89 die Ereignisse in der DDR, die die Löcherung der Mauer begünstigten, für "Klassenkampf" zu halten.

Arbeitsthesen

Vermittelt über Diskussionen in der ArbeiterInnenversammlung kam die wi-Redaktion zu anders gelagerten Einschätzungen der jüngsten Entwicklung. Wir stellen sie in diesem Sonderschwerpunkt in Thesenform vor, in der Hoffnung mit ihnen zu einer anderen - auf die Klasse bezogenen - Sichtweise dieser Vorgänge beizutragen. Diese Thesen sind keine endgültigen Resultate, sondern der Versuch, mit den gängigen Denkschablonen zu brechen. Sie sind in der jetzigen Gestalt noch unzulänglich und überarbeitungsbedürftig. Darum wollen wir sie Arbeitsthesen nennen, wo die Argumentation mit ergänzendem Material versehen ist.

Insgesamt liegen dem Sonderschwerpunkt folgende Behauptungen zugrunde:

- ☞ Die Massendemonstrationen und Straßenschlachten in der DDR kamen für die Teile der SED-Führung nur zu früh, die selber sowohl das politische als auch das ökonomische System der DDR aus der inneren Notwendigkeit eines gescheiterten Sozialismusmodells reformieren wollten. Dies hätte eine Löcherung der Mauer eingeschlossen.
- ☞ Für diese SED-Reformpläne ist eine ArbeiterInnenklasse zwingende Voraussetzung, die bereit ist, sowohl auf ihre "zweite Lohntüte" (Subventionierung der Subsistenzmittel) als auch auf die "Sicherheit" des Arbeitsplatzes zu verzichten, sowie Lohneinbußen und intensiviertere Arbeitsbedingungen zu akzeptieren.
- ☞ Die Bewegung auf der Straße, die sich der "Fluchtbewegung" geschickt als Argumentationshilfe bediente und die von den überwiegend neuen Mittelschichten der DDR ausging, erfaßt Teile der ArbeiterInnenklasse nur außerhalb der Betriebssphäre, während es in Betrieben dagegen weitgehend ruhig blieb, weil die DDR-KollegInnen gar keinen Reformbedarf darin sehen, der auf Verschärfung ihrer Arbeitsbedingungen hinausläuft.
- ☞ Das Forderungspaket der DDR-Oppo-Gruppen besteht nur aus politischen Forderungen, die darauf ausgerichtet sind, eine bürgerliche Demokratie westlicher Prägung zu errichten. Da keine eigenen ökonomische Modellvorstellungen vorhanden sind, wird dieser weiße Fleck mit der Worthülse Marktwirtschaft übertüncht oder bei der SED abgeschrieben.
- ☞ So ergibt sich, daß auf der einen Seite die SED an der ArbeiterInnenklasse nur als "Fußvolk" einer Reformpolitik ebenso interessiert ist wie auf der anderen die Basisgruppen und Parteien der neuen DDR-Mittelschichten es sind. Deswegen taucht das Proletariat bei ihnen nur dann als politischer und sozialer Bezugspunkt auf - und zwar negativ besetzt, wenn die gegenwärtige Leistungsunfähigkeit der DDR-Wirtschaft kritisiert wird.
- ☞ Die Öffnung der Grenze war auch aus SED-Sicht zwingend geworden, kann man so die Konsumansprüche der DDR-Bürger vom eigenen Staat weg auf den Westen umlenken. Hardliner - wie Honnecker, Mittag Tisch und Co. - mußten zwangsläufig abserviert werden. Der Nachtrab der SED gegenüber den Forderungen der Volksmassen nach Öffnung der Grenze, muß im Kampf zweier Linien in der SED gesucht werden. Hier liegt die Vermutung nahe, daß die Honnecker-Fraktion gehofft hatte, auf der Basis des Status quo zu Erneuerungen der DDR-Wirtschaft zu kommen und dafür die Entmachtung Gorbatschows brauchte - und dieses Ereignis trat trotz aller inneren Schwierigkeiten der SU nicht ein.
- ☞ Sollten die Schubladenpläne des jetzt an die Macht gekommenen SED-Reformflügels, der sich gegen die SED-Altherrenriege durchzusetzen vermochte, demnächst zu greifen beginnen, wird sich die Lage des DDR-Proletariats rasant verschlechtern. Die sozialen Schichten, die sich über das Forum und andere Gruppierungen heute politisch ausdrücken, werden die sozialen Gewinner dieser Reformpolitik sein.
- ☞ Für das BRD-Kapital (vor allem Großkonzerne und Banken) zeichnet sich gegenwärtig eine Phase der Hochkonjunktur ab, in der auf der einen Seite die Belegschaften gespalten und durch Aus- und ÜbersiedlerInnen neu zusammengesetzt werden und wo auf der anderen Seite ein immenser Bedarf an Anlagesphären für das akkumulierte Kapital besteht. An dieser Stelle beginnen die Interessen der neuen SED-Führung und DDR-Basisgruppen, sich auf die Interessen des BRD-Kapitals hinzubewegen. Das Konzept BRD und DDR als "Vertragsgemeinschaft" (Regierungserklärung Modrow) macht aus der DDR eine Joint-venture-Domäne und eröffnet dem BRD-Kapital ein neues "Billiglohnland". Für die SED-Reformer kämen auf diesem Wege

die fehlenden Finanzierungsmittel des erträumten Umbaus der DDR in eine "sozialistische Marktwirtschaft" ins Land. Gleichzeitig spekuliert die SED-Führung auf Import weiteren, nichtdeutschen Kapitals.

- ☞ Sollte diese Entwicklung greifen, werden die Karten des EG-Projekts 92 völlig neu angemischt werden. Für die gegenwärtige BRD-Regierung ist die DDR nachwievor Inland, für die EG soll es Ausland bleiben. Dies sichert dem BRD-Kapital ein Monopol auf den DDR-Markt und bildet gleichsam eine strategisch günstige Ausgangsbasis für das Aufrollen der "Ostmärkte". Mit dem "Berliner Parteitag" hat die SPD den Schulterschluss zur Bundesregierung vollzogen.

Rückblicke auf 1971 und davor

Sowohl von DDR-Seite wie auch in der einschlägigen BRD-Literatur wird der VIII. Parteitag der SED im Jahre 1971 zum Dreh- und Angelpunkt für die derzeit noch vorhandene und in die Krise geratene Struktur der Planwirtschaft der DDR erklärt. Der Stellenwert dieses Parteitages für die DDR-Entwicklung erschließt sich allerdings nur durch einen zusätzlichen Rückblick. Dies wollen wir hier kursorisch zu leisten versuchen.

Der Gründung der DDR 1949 war eine gut dreijährige Phase der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung vorangegangen, deren Strukturen zunächst auch nicht durch die Staatsgründung berührt wurden. Enteignungen und Verstaatlichungen hatte es nur im Bereich der Banken und des Versicherungswesens gegeben. Großbetriebe, die gemäß der Potsdamer Beschlüsse als Kriegsverbrecher eingestuft worden waren, wurden ebenfalls zu VEBs, wenn sie nicht von der sowjetischen Besatzungsmacht übernommen wurden. Die Bodenreform des Jahres 1945 hatte das "Junkerland" in "Bauerhand" überführt, worunter nur eine sehr geringe Zahl zu Staatsbetrieben wurden. Der Handel war zwar staatlich überwacht, aber die Besitzverhältnisse blieben wie auch im Handwerk privatkapitalistisch.

Die II. Parteikonferenz der SED 1952 beschloß nach Auswertung der volkswirtschaftlichen Entwicklungsdaten, diese Antifa-Maßnahmen als "planmäßigen Aufbau der Grundlagen des Sozialismus" fortzusetzen. Priorität sollte der Ausbau der Schwerindustrie erhalten. Hierin wurde die "materiell-technische Basis" für die Entwicklung des Sozialismus unter Leitung der "Arbeiter- und Bauernmacht" und der SED als "Partei neuen Typus" gesehen. Hinter diesen programmatischen Formulierungen stand die Sozialismuskonzeption der Sowjetunion, wie sie unter Stalin seit 1929 in der SU entwickelt worden war. In Abgrenzung zu Bucharin hatte Stalin die regulierende Funktion des sozialistischen Staates für den Markt durchsetzen können. Für ihn war dies eine rechte Abweichung (siehe: Fragen des Leninismus S. 450f),

DDR: Zwischen Flucht und Öffnung Eine Chronologie eines guten halben Jahres

- 02.05.89
An der Grenze zu Österreich werden von ungarischer Seite die Grenzzäune entfernt.
- 07.05.89
Bei den Kommunalwahlen in der DDR werden durch die Behörden Wahlfälschungen vorgenommen.
- 05.06.89
Das "Neue Deutschland" rechtfertigt den Einsatz von Militär in Peking als Antwort auf die "Konterrevolution".
- 08.07.89
Honecker verläßt das Gipfeltreffen der Warschauer-Pakt-Staaten vorzeitig - angeblich wegen eines Gallenleidens, vermutlich aber wegen politischer Differenzen.
- 8.8.89
Die ständige Vertretung der BRD in Ostberlin wird wegen Überfüllung durch DDR-Ausreisewillige geschlossen.
- 13.08.89
UK und USA schließen ihre ostberliner Botschaften. Die evangelischen Kirchen der DDR fordern Reiseerleichterungen und Rechtsicherheit.
- 16.08.89
Rund 600 DDRler halten sich in verschiedenen Ostblockbotschaften der BRD auf.
- 20.08.89
Erste Massenflucht aus Ungarn - zirka 500 DDRler durchbrechen die Grenze zu Österreich.
- 24.08.89
Die DDR-Flüchtlinge in der Budapester Botschaft dürfen ausreisen.
- 28.08.89
Gründung der Initiativgruppe "SDP"
Anfang September 89
Gründung der Initiative "Vereinigte Linke", zu der auch einzelne SED-Mitglieder gehören. Wegen fehlender anti-patriarchalischer Positionen bei der "VL" bildet sich die Frauengruppe "Lila Offensive".
- 04.09.89
Rund 1.200 Demonstranten verlangen in Dresden Ausreise in die BRD.
- 11.09.89
Rund 7.000 in ungarischen Lagern lebende DDR-Bürger dürfen ausreisen. Weitere reisen über die CSSR nach Ungarn. Innerhalb von 3 Tagen kommen rund 15.000 DDR-Bürger in die BRD.
- 12.09.89
Gründung der Initiative "Demokratie jetzt"
- 14.09.89
In Bonn wird die Gründung DDR-Gruppe "Demokratischer Aufbruch" bekanntgegeben.
- 18.09.89
Erklärung von DDR-Rockmusikern für einen "Dialog" im Land.
- 19.09.89
Gründung des "Neuen Forums"
- 25.09.89
Friedensgebet für Zulassung des Neuen Forums mit 8.000 Teilnehmern in Leipzig
- 30.09.89
Die Gruppe "Demokratischer Aufbruch" eine "sozial-ökologische" Initiative fordert Neuwahlen, den "runden Tisch" und die "Enteignung der SED und der Blockparteien".
- 01.10.89
Etwa 7.000 DDR-Bürger dürfen mit Sonderzügen von Prag über das Territorium der DDR in die BRD ausreisen. Hausarrest für Pfarrer Richter vom "Neuen Forum".

eine Abweichung von der Linie der Klassiker (Marx, Engels, Lenin) in der Frage der Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft. In seiner 1952 veröffentlichten Schrift "Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR" hatte er das Problem des Marktes im Sozialismus erneut - jedoch unter der Frage des Wertgesetzes - behandelt.

Die 60er Jahre waren durch die unter Chruschtschow ausgegebene Parole von der Vertiefung des Marktgeschehens statt Vervollkommnung der Planwirtschaft geprägt, ergänzt mit Losungen von der erhöhten Selbständigkeit und Rentabilität der Betriebe und von der Hebung der materiellen Interessiertheit. Gemeint war hier, höhere Leistung dadurch bei den Arbeitern zu stimulieren, indem ein größerer Anteil am Sozialprodukt in Aussicht gestellt wurde. Bekanntlich ging diese Rechnung nicht auf. Die gefundene Erklärung hieß: die wissenschaftlich technische Revolution und die Produktivkraft Wissenschaft müssen richtig gemeistert werden.

Alle diese Veränderungen des SU-Selbstverständnis einer sozialistischen Wirtschaft wurden in der DDR mitgetragen. In diesem Sinne wurden zwar bis zu den 70er Jahren sukzessive alle Wirtschaftsektoren der sozialistischen Planwirtschaft unterstellt und das Privateigentum an Produktionsmitteln gegen Nullprozent heruntergefahren, aber gleichzeitig wurde die Abkehr vom Einfrieren des Wertgesetzes vollzogen.

Der Anteil des sozialistischen Sektors in der Volkswirtschaft der DDR 1973 in Prozent - SU in Klammern:

Produktionsgrundfonds: 99,4 (100)
 Nationaleinkommen: 95,2 (100)
 industrielle Bruttoproduktion: 96,6 (100)
 Bruttoproduktion: 93,7 (100)
 Anbaufläche: 94,4 (100)
 Einzelhandel: 84,4 (100)

Quelle: R. Rilling, Sozialismus in der DDR, Bd. II, Köln 1979, S. 222

Exkurs: Wertgesetz und Sozialismus

Im Marxschen Sinne reguliert und proportioniert das Wertgesetz die kapitalistische Produktionsweise. Indem der Wert einer Ware - vermittelt über den Preis - sich erst im Austausch realisiert, erfahren im Kapitalismus die Produktionsagenten im Nachhinein, ob der Arbeitsprozeß auch zum Wertschöpfungsprozeß wurde. Da der Markt mit seinen Mechanismen der Konkurrenz gleichsam post festum den Produktionsagenten eine Revenue zuweist und dem Kapitalisten Gewinn (realisierten Wert und Mehrwert) zuführt, entstehen Krisen, weil nicht jeder Kapitalist in der Lage ist, sein vorgeschossenes Kapital (erhöht um den Mehrwert) im Austausch zurückzuerhalten. Infolgedessen polarisiert sich der gesellschaftliche Reichtum, während ein Teil der geleisteten Arbeit aus der Sicht des Kapitalisten als unnützlich erscheint. Folglich mußten im Sozialismus, verstanden als Gesellschaftsform, in der die Werktätigen über den Arbeitsprozeß selber verfügen, das Wertgesetz und der Ort seines hauptsächlichlichen Wirkens - der Markt - eingeschränkt, zurückgedrängt und unter der Vorstellung des Entfaltens kommunistischer Verhältnisse gänzlich aufgehoben werden. Für Stalin war dies die zentrale Linie. Und die Voraussetzungen für die Realisierung eines solchen Vorhabens schienen begünstigt durch die historischen Umstände einer (vom kapitalistischen Weltmarkt) isolierten sozialistischen Volkswirtschaft. Stalin meinte, daß es möglich sei, das Wertgesetz dadurch einzuschränken, daß der Austausch zwischen den Betrieben der Produktionsmittelindustrie nunmehr nach Verrechnungseinheiten erfolgen könnte, wobei der Preis nicht mehr Erscheinungsform des Werts sein sollte, sondern lediglich eine Rechengröße. Nach Stalins Tod begann in der SU eine Debatte über dessen Wirtschaftskonzeption, die sich in der Öffentlichkeit allerdings als Abrechnung mit seinen "Verbrechen" darstellte. In der Chruschtschow-Ära (1956-64) gab es in der SU eine Reihe von Experimenten zur Abkehr von der Stalinschen Wirtschaftskonzeption, die alle nicht griffen. Da entdeckten die SU-Wirtschaftsideologen - allen voran Herr Liberman (1963) - den Markt als eine zentrale Einrichtung des Sozialismus, wo es nun daraufankäme, ihn zu nutzen, um den einzelnen Betrieben einen "Gewinn" nach "Leistung" zu ermöglichen. Diese Konzeption eines Marktsozialismus erregte auch in anderen RGW-Ländern (z.B. Polen) reges Interesse. Hierin spiegelte sich auch wieder, daß die sozialistischen Staaten miteinander und an ihren ökonomischen Rändern mit kapitalistischen Staaten am Weltmarkt in einem Austauschverhältnis standen. D.h. der vormals abgeschottete innere Markt existierte nicht mehr und das Problem des Austausches verschiedener Wertgrößen mußte über Preise erfolgen, was wiederum nach innen auf die Preisbildung Auswirkungen hatte. Das war das historische Ende der stalinschen Wirtschaftskonzeption - Fossilien wie Albanien ausgenommen. Zwar wurde das "liberalistische Modell" des Herrn Liberman in der Breschnew-Ära eingefroren, aber mit "Gorbi" und Deng TsiaoPing feiert es erneut eine Auferstehung (siehe dazu wi 1/88 und 2/88) in den sozialistischen Ländern. Die Abkehr vom Stalinschen Modell der Verrechnungseinheiten in den 60er Jahren bis heute widerspiegelte sich gerade auch auf der Ebene der Theoriebildung über das Verhältnis von Wert, Ware und Preis. So heißt es heute dazu in revisionistischer Lesart: *"Die Warenproduktion im Sozialismus, die auf dem gesellschaftlichen Eigentum an Produktionsmitteln beruht, ist eine Produktionsform, die der sozialistischen Planwirtschaft angepaßt und in diese eingeordnet ist. Daher stimmt die Warenproduktion im Sozialismus mit den grundlegenden Wesensmerkmalen des Sozialismus überein und hebt die von Marx und Engels sowie Lenin entwickelten spezifischen Widersprüche der privaten und kapitalistischen Warenproduktion auf. Warenproduktion, Ware-Geld-Beziehungen und damit auch das Wertgesetz sind im Sozialismus objektive Beziehungen innerhalb der sozialistischen Reproduktion."* (Ware-Geld-Beziehungen im Sozialismus, Berlin / 1976, S.24)

Mit dieser Konzeption ging einher, daß die SED als Partei der Arbeiterklasse darauf zu verzichten begann, sich selber als konzeptioneller Gestalter des wirtschaftlichen Prozesses zu betrachten, um so die konzeptionelle Arbeit den Akademikern zu übertragen. Und diese erklärten: "Die gesamte Wissenschaftssystematik - sowohl innerhalb des großen Bereichs der Wirtschaftswissenschaften als auch innerhalb der politischen Ökonomie - hat sich seit Marx grundlegend verändert." (H. Lehmann, Probleme ökonomischer Theoriebildung, in: Wirtschaftswissenschaft, Berlin 8/1966, S. 1288).

Infolge dieser Revision des wissenschaftlichen Sozialismus war es naheliegend, daß die DDR-Akademiker für die Gestaltung der Planwirtschaft besonders auf die Mikroebene abstellten und Anleihen bei der bürgerlichen Betriebswirtschaft machten. Zentrale Begriffe wurden: **Preis, Gewinn, Rentabilität und Kapitalkoeffizient**. Gleichzeitig veränderte sich auch die Sicht der Makroebene. Hier handelte es sich nicht mehr um eine Klassengesellschaft, in der die Arbeiterklasse und die mit ihr Verbündeten Klassen und Schichten die Diktatur ausüben, sondern um ein "gesamtgesellschaftliches Subjekt", welches "multi-dimensional strukturiert" ist (siehe dazu: W. Eichhorn, Subjektiver Faktor und Persönlichkeitsentwicklung, in: Persönlichkeitsentwicklung und moralische Prozesse im Sozialismus/Fichte Schriften 4, Berlin 1968, S. 15).

Folglich verkörperte die SED dieses Gesamtsubjekt auf der politischen Ebene und auf der betrieblichen war als Ausdruck eines genuinen Arbeiterinteresses das Streikrecht überflüssig geworden. Beides seitdem so festgeschrieben in der DDR-Verfassung von 1968.

Der VIII. Parteitag der SED 1971 schloß gleichsam die Suchphase, die durch den Abbruch der Stalinschen Wirtschaftskonzeption in den 50er Jahren eingetreten war, ab. Er deklarierte im Zusammenhang mit einem Langzeitplan bis 1990, daß der Sozialismus keine eigenständige Etappe sei, sondern nur die erste Phase der "kommunistischen Gesellschaftsformation". Solche Ansicht entstand nicht zufällig, sondern entsprach der ideologischen Entwicklung des großen Bruders KPdSU, der gleichermaßen auf seinem XXIV. Parteitag so beschlossen hatte. Diese aus der SU adaptierte Sichtweise wurde in die bis vor Löcherung der Mauer gültige Formel "entwickelte sozialistische Gesellschaft" gegossen. Die Anpassung an die SU-Sozialismuskonzeption drückte sich auch direkt auf der Ebene der Theoriebildung aus. So wurden fortan keine eigenen Lehrbücher der politischen Ökonomie mehr fabriziert, sondern SU-Bücher übersetzt oder als Gemeinschaftsausgaben verlegt. Dies entsprach voll und ganz dem, wie Planung und Leitung der Volkswirtschaft in der SU abliefen.

Der Staat mit seinen zahlreichen Ministerien und sonstigen Gliederungen wirkte direkt in die Betriebe hinein und bediente sich der Zentralbank als Investitionshebel. Zwischen den Betriebs- und Industrieabgabepreis schob sich die Produktionsabgabe, die der Staat vereinnahmte, um daraus finanzielle Puffer für wirtschaftslenkende Maßnahmen zu haben. Über diese Struktur zog der Staat ein engmaschiges Netz von Kontrollziffern als Steuerungselemente des Plans. Der Plan selber wurde zu einem umfassenden Instrument ausgebaut, das hierarchisch von oben nach unten wirkte. Das gesamte Preissystem lag ausschließlich in

02.10.89

In der Prager BRD-Botschaft haben sich schon wieder rund 1.000 aus der DDR eingefunden, um ihre Ausreise zu erzwingen. In der Warschauer BRD-Botschaft sind es 100. Resolution von 180 Mitgliedern des DDR-Verbandes Bildender Künstler für Reformen.

03.10.89

Jetzt befinden sich in der Prager Botschaft ca. 4.500 DDR-Flüchtlinge. Die Botschaft wird geschlossen. Sie wird von Hunderten gestürmt. Am Abend erhalten alle die Ausreisegenehmigung und die DDR schließt die Grenze zur CSSR.

04.10.89

Die DDR-Behörden riegele den Dresdner Bahnhof ab, wo fluchtwillige DDR-Bürger auf die Sonderzüge aus Prag warten. Es kommt zu Verhaftungen.

05.10.89

7.000 DDR-Ausreisewillige aus Prag und 600 aus Warschau können in die BRD ausreisen.

06.10.89

Erklärung der "Betriebskampfgruppe Hans Geiffert" notfalls den Sozialismus mit der Waffe zu verteidigen.

07.10.89

Am 40. Jahrestag werden die Grenzen zu Westberlin nahezu dicht gemacht. Honnecker läßt während der Kundgebung entgegen der üblichen Tradition die sowjetische Delegation unter Gorbatschow nicht gesondert begrüßen. Die Vorbeiziehenden feiern "Gorbi". Andere demonstrieren für Reformen. Diese Demonstrationen werden gewaltsam aufgelöst. Gründung der SDP.

08.10.89

Sitzstreiks im Bezirk Prenzlauer Berg mit 2.000 Teilnehmer und 3.000 Eingekesselten an der Gethsemanekirche.

09.10.89

Rund 70.000 Teilnehmer bei einer Demo in Leipzig. Die SED-Führung plant militärische Zerschlagung.

10.10.89

Erstes offizielles Gespräch zwischen SED und "Neuem Forum" in Dresden.

11.10.89

Erklärung des Politbüros der SED, die Gründe der Fluchtbewegung auch bei sich zu suchen. Polen erklärt, die 600 DDR-Ausreisewilligen, die sich dort aufhalten, nicht mehr auszuweisen.

15.10.89

DDR-Künstler geben ein "Konzert gegen Gewalt".

13.10.89

Ca. 1.000 DDRler dürfen Prag mit Sonderzügen in die BRD verlassen.

17.10.89

Rund 4.000 Studenten demonstrieren an der Humboldt-Uni.

18.10.89

Honecker und andere werden aus dem SED-Politbüro entlassen. Krenz wird sein Nachfolger und kündigt eine "Wende" an.

20.10.89

Besuch des BRD-Politikers Mischnik (FDP) in der DDR. Modrow nutzt den Besuch, um selber Reformen für die DDR zu fordern.

21.10.89

Demo mit 30.000 Teilnehmern für Reformen in Plauen. Christa Wolf schickt Bittbrief an Siedermann (SED).

22./23.10.89

Etwa 300.000 Menschen demonstrieren in Leipzig, Dresden, Halle, Greiz, Zwickau, Stralsund, Schwerin, Eisenach, Magdeburg und Ostberlin für Reformen.

24.10.89

Krenz wird Staatsratsvorsitzender und Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates. In Ostberlin kommt es zu

der Hand des Staatsapparates. Bei beidem - Plan und Preis - waren die Produzenten vor Ort lediglich mit Akklamationsfunktion ausgestattet. Dafür wurde ihnen auf dem VIII. Parteitag seitens der SED das Versprechen gegeben, daß ihre materielle Lage sich ständig verbessern werde und daß nur es eine Frage der Zeit sei, bis man die kapitalistische BRD überholt habe. Und hierfür lautete die Formel: Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Die 80er Jahre:

Wege in den Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft

In einem Interview, daß der ehemalige SED-Wirtschaftsfunktionär, Gernot Schneider, dem Tagesspiegel am 15.10.89 gab, hob dieser hervor, daß die DDR-Wirtschaft eigentlich permanent seit 1971 also "reformiert" wird, dennoch wären die "Defekte" auf folgenden Gebieten nicht zu beheben gewesen:

Kennziffern der Leistungsbewertung
Ressourcenverwendung
Preisbildung
Innovationsdynamik
Motivation- und Anreizsystem
Währung und aufgestaute Inflation wegen Warenmangels.

Hintergrund dieser Zerrüttung bildete vor allem in den 70er und 80er Jahren die starke Unterordnung der DDR-Wirtschaft unter die ökonomischen und militärischen Erfordernisse der SU, wobei die strukturellen Bedingungen ("staatskapitalistische"

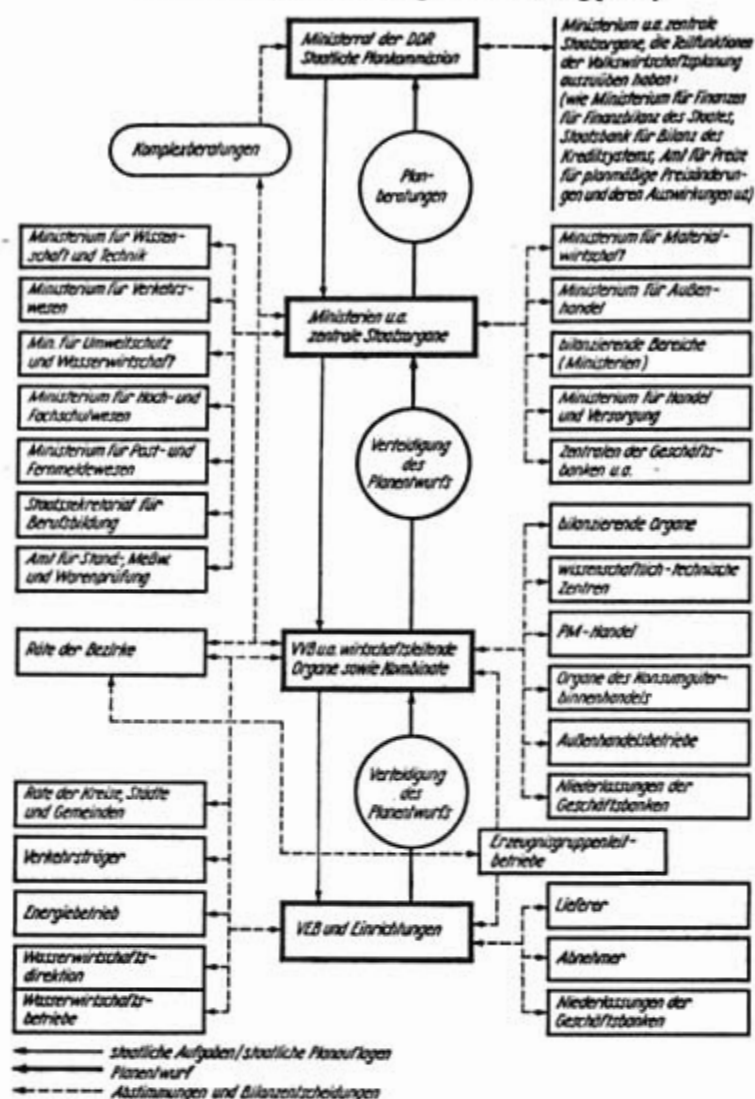
Planwirtschaft) diese Ausrichtung begünstigen. Der "Rote Morgen" (Erscheinungsort Stuttgart) hebt dazu in einem Artikel in seiner Dezemberausgabe 1989 folgende Indizes hervor:

1. Die Industriestruktur wurde an den Erfordernissen der SU ausgerichtet. 1987 betrug der Anteil der Eisenbahnproduktion, der in die SU exportiert wurde, 78 Prozent; bei der LKW-Produktion 70 Prozent, bei den Motorrädern 65 Prozent. Ähnlich hohe Prozentzahlen wiesen der Maschinenbau und die Textil-, Bekleidungs- sowie die Lederindustrie auf. Besonderes Augenmerk wurde auf die Entwicklung der Elektronikindustrie gelegt, um die SU mit modern gesteuerten Industrieanlagen versorgen zu können. Diese Lieferungen bezahlte die SU zu 30 Prozent unter dem Weltmarktpreis.

2. Die SU zwang die DDR, hohe Investitionen in der SU zu tätigen. Von 1978-1987 zahlte die DDR pro Fünfjahrplan acht Milliarden (DDR)-Mark u.a. für Ergas- und Erdölförderung.

3. Ein weitere Hebel zur Ausplünderung der DDR

Der volkswirtschaftliche Leitungs- und Planungsprozess



Aus: Autorenkollektiv: Sozialistische Volkswirtschaft. Berlin 1977, S. 46.

bildete ab 1971 die RGW-Investmentbank, an der die DDR mit 17,7 Prozent und die SU zu 38 Prozent mit Einlagen beteiligt ist(war). Der überwiegende Anteil der Kredit floß seitdem in die SU.

4. Die SU exportierte sukzessive Kapital in die DDR, indem sie dort Konzerne wie z.B. Interelektro oder Interkimik errichten ließ, wo der dort geschaffene Betriebsgewinn exklusiv der SU zufließt.

5. Auch im Außenhandel erfolgte eine Unterordnung der DDR unter die SU. Betrug der Exportanteil in die SU 1980 rund 35 Prozent stieg er in den Folgejahren auf fast 39 Prozent.

Indem die DDR eine Branchenstruktur entlang den SU-Erfordernissen entwickelte, mußte diese Entwicklung auf den Konsumgüterbereich zurückschlagen: Während die Industrieinvestitionen ständig stiegen, gingen die Investitionen in der Landwirtschaft nicht nur relativ zurück, sondern auch in absoluten Zahlen: 1970 sechs Mill.Mark, 1987 5,65 Mill.DM (Quelle: Stat.Jahrbuch d.DDR, zitiert nach Stat.Jahrbuch d.BRD 1989, S.630). Diese wirkte sich natürlich auf das land-

wirtschaftliche Produktionsvolumen aus. So war die Kartoffelproduktion laut "Roter Morgen" 1987 niedriger als 1974, die Zuckerrübenproduktion niedriger als 1977. Ähnlich verhielt es sich in den 80er Jahren mit sog. langlebigen Konsumgütern des täglichen Bedarfs wie zB. Kühlschränke, Waschmaschinen, Fernseher, Schreibmaschinen etc.. Selbst der von DDR-Apologeten in Ost und West (DKP/SEW) gepriesene Wohnungsbau hielt nicht das, was die DDR-Führung versprach. Nach jüngsten Zahlen - laut Tagesspiegel vom 21.11.89 - wurden 1988 zwar 110.000 Wohnungen neu gebaut, aber gleichzeitig 72.000 aus dem Altbaubestand abgerissen. 1971 war im Zusammenhang mit dem VIII.Parteitag das Versprechen gegeben worden, bis 1990 3,5 Millionen Neubauwohnungen zu schaffen. Tatsächlich wurden bisher 3,2 Millionen gebaut (ebd.).

Die zwei großen Flops

Als Ende der 70er Jahre die SU von der DDR erhöhte Preise für Erdöllieferungen präsentierte, gab der jetzt entmachtete und einsitzende SED-Wirtschaftsexperte Günter Mittag die Losung aus, die DDR wegen des hohen Braunkohlevorkommen in Sachen Energie autark zu machen. Die SU sollte fortan nur noch ein Monopol in Sachen Atomstrom (AKW's) haben. So wurden binnen weniger Jahre 60 Prozent aller verfügbaren Investitionsgelder in Anspruch genommen, um Kraftwerke, Feuerungsanlagen usw., die mit Erdöl und Erdgas arbeiteten stillzulegen (Quelle: Spiegel 25/89). Seit 1981 wurden neun neue Braunkohlebaugebauanlagen eröffnet, sodaß heute ein Viertel der Weltproduktion in der DDR stattfindet. Noch heute verschlingt diese Energiewirtschaft rund 12 Milliarden (DDR)-Mark jährlich an Investitionshilfe, das ist genauso viel, wie für alle anderen strukturbestimmenden Industriezweige ausgegeben wird (ebd.) Dennoch kann die DDR zu Spitzenzeiten ihren Strombedarf nicht decken, so daß es zu zusätzlichen Importen aus Österreich und der BRD kommt, was "harte" Devisen kostet.

Auf dem 7.Plenum des ZK's der SED beschloß man 1977, sich eine eigene Mikroelektronikbasis zuzulegen. Seitdem wurden 14 Milliarden Mark in dieses Vorhaben investiert. Obwohl 1988 der erste eigene 32-Bit-Computer vorgestellt werden konnte, ist eine Serienproduktion weiterhin nicht möglich. Laut Tagesspiegel vom 5.12.89 beträgt der technologische Rückstand bei den ME-Bauelementen gegenüber der westlichen Konkurrenz sechs bis acht Jahre, sodaß an ein Export gar nicht zu denken ist. Hinzu kommt, daß die in der DDR entwickelten Schaltkreise nicht geeignet sind, in die eigenen Maschinenbauprodukte als Speicherbausteine integriert zu werden.

Und viele "kleine" Flops

Dem Spiegel Nr. 25/89 waren zudem eine Reihe von "kleinen" Flops zu entnehmen, die ein düsteres Bild der DDR-Wirtschaft in den 80er Jahren zeichnen:

➤ Neun Milliarden Mark wurden in das Sonderprojekt Wartburg/VW gesteckt. 1988 wurde der "neue" Prototyp vorgestellt. Rund 187 Zuliefer-

Demos für "freie Wahlen" und Protesten gegen Krenz. 25.10.89

DDR-Rechtsanwälte fordern eine neue Verfassung, ein neues Verwaltungs- und Wahlrecht.

26.10.89

SED-Politbüromitglied Schabowski trifft Vertreter des "Neuen Forums".

27.10.89

Krenz kündigt eine Amnestie für DDR-Flüchtlinge an und ruft zur Rückkehr auf. Ein neues Reisegesetz wird in Aussicht gestellt.

29.10.89

Demos in Ostberlin, 3.000 Besucher bei einer Künstlerveranstaltung "Wider den Schlaf der Vernunft" in der ostberliner Erlöserkirche.

30.10.89

In zahlreichen Städten der DDR gehen insgesamt Hunderttausende für Reformen auf die Straße, davon 500.000 in Leipzig. "Der schwarze Kanal" wird das letzte Mal ausgestrahlt. Die Gruppe "Demokratischer Aufbruch" veröffentlicht ihre "Grundsatzerklärung" und gründet sich als Partei.

01.11.89

Krenz reist nach Moskau, um mit Gorbatschow zu sprechen. Er erklärt, daß es von der SU viel zu lernen gäbe. Demos in Neubrandenburg. Der VII. DDR-Philosophenkongreß stellt selbstkritisch fest, er stünde nicht "an der Spitze der revolutionären Bewegung" in der DDR.

02.11.89

Harry Tisch, FDGB-Vorsitzender, tritt zurück. Ebenfalls treten die Parteivorsitzenden der CDU (Götting) und der NDPD (Homann) zurück.

03.11.89

Die DDR-Führung erlaubt den DDR-Bürgern, die CSSR in Richtung BRD zu verlassen. Weitere fünf SED-Politbüromitglieder werden zurückgezogen. Gemeinsame Erklärung der DDR-Oppo-Gruppen für eine demokratische Umgestaltung von Staat und Gesellschaft in der DDR. Drei am 4.10.89 Verhaftete werden mit mehrjährigen Haftstrafen wegen "Rowdytums" belegt. Gegen 70 Polizisten wird wegen der Vorkommnisse am 7./8.10.89 ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.

04.11.89

Etwa eine Million Ostberliner demonstrieren auf dem Alex für Reformen. Gründung einer "Initiative für unabhängige Gewerkschaften" in Ostberlin. Rund 15.000 Menschen flüchten über die CSSR in die BRD.

06.11.89

Die DDR-Führung veröffentlicht einen Entwurf eines neuen Reisegesetzes. 750.000 demonstrieren in der DDR, davon 500.000 in Leipzig. Eine Initiative für eine "Grüne Partei" in der DDR wird gegründet.

07.11.89

Der Volkskammerausschuß lehnt den Entwurf ab. Die Regierung der DDR tritt zurück. Eine Untersuchungskommission für die Vorkommnisse am 7./8.10.89 wird von der Volkskammer eingerichtet.

08.11.89

Das SED-Politbüro tritt zurück. Ein neues, kleineres wird gewählt. Modrow wird als Kandidat für das Amt des Regierungschefs benannt. 50.000 SED-Mitglieder demonstrieren in Ostberlin und fordern einen a.o.Parteitag.

09.11.89

Die BRD-Regierung gibt bekannt, daß 1989 rund 225.000 DDR-Übersiedler in die BRD gekommen seien. Am Abend erklärt SED-Politbüromitglied Schabowski die Öffnung der DDR-Grenze. In der Nacht ist die Grenze in beiden Richtungen offen.



betriebe, davon die meisten branchenfremd, wurden in das Projekt eingebunden. Schlechte Verarbeitungsqualität war die Folge. Exportchancen = Null.

- ☞ Die neue Produktionshalle für den Transporter "Barkas" war zu kurz geraten. Nun werden die halbfertigen Barkas 210 Kilometer durch die DDR gekarrt, um sie an einer anderen Produktionsstätte fertigzumontieren.
- ☞ Den Versuch einen Dieselmotor auf den Markt zu bringen, scheiterte an der technologischen Unfähigkeit, eine funktionierende Einspritzpumpe zu bauen. Kosten = eine Milliarde Mark.
- ☞ Das Dresdner Elektromotorenwerk produzierte lange Zeit im Vorlauf für eine automatisierte Fabrik Stellmotoren für Roboter, dann stellte sich heraus, daß man in dieser Fabrik Wechselstrom- statt Gleichstrommotoren- benötigte. Ergebnis: es gibt vorläufig keine automatisierte Fabrik.
- ☞ Nach jahrelanger Bauzeit für mehrere 100 Millionen Valuta entstand bei Berlin ein von Japan gekauftes Werk für Fernsehbildröhren. Nach der Fertigstellung muß man feststellen, daß dieses Werk keine Rechteckbildröhren fertigen kann. Exportchancen gleich Null.
- ☞ Für Valuta baute in Eisenhüttenstadt Voest (Österreich) ein Konverter-Stahlwerk, eine Warmbandstraße wurde vergessen. Ergebnis: Die Produktion konnte nicht aufgenommen werden. Nutznießer: BRD-Konzerne: nämlich Hoesch, Thyssen und Salzgitter AG. Sie beliefern die DDR jährlich für eine Milliarde DM mit Stahl.

Kombinatpolitik mit kapitalistischen Erscheinungen

In den 80er Jahren setzte Günter Mittag durch, daß alle Industriebetriebe zu Kombinat - derzeit rund 220 ("Zeit" v.15.12.89) - zusammengefaßt werden. Dahinter stand die Auffassung, den Umbau der Branchenstruktur der DDR effektiver unter einer zentralen Plankontrolle und mit gezielteren Investitionen seitens der Staatsbank abwickeln zu können. Tatsächlich schuf diese vertikale und horizontale Konzentration, wodurch ein Fünftel ("Spiegel" ebd.) der Ausrüstungsinvestitionen je Kombinat selber produziert werden, ein Wildwuchs an Beschaffungspolitik. Dazu ein erschreckendes Beispiel:

Das Textilkombinat "Textima" in Karl-Marx-Stadt importierte 1988 vom Weltmarkt für "harte" Devisen eine Werkzeugmaschine, die im "Fritz-Heckert"-Kombinat auf der gegenüberliegenden Straßenseite hergestellt worden war.

Die Verwertungsbedingungen wurden zunehmend unelastischer und zum Ausgleich wurden die Arbeitsbedingungen des DDR-Proletariats in den Kombinat immer stärker mit kapitalistisch-betriebswirtschaftlichen Konzepten überzogen. Ein Hebel war dabei die Freisetzung von Personal, um die Ausbeutungsrate durch Leistungsverdichtung zu erhöhen. Jedoch mel-

dete am 24.11.89 die eingegangene "Wahrheit", daß eine Untersuchung von 47 zentral geleiteten Kombinat ergeben habe, daß genau dies nicht klappe. Stattdessen gäbe es "mangelhafte Informationen über tatsächliche Betriebsprobleme, keine Übereinstimmung der Besetzungsnorm von Maschinen und Anlagen, Mängel in der Arbeitsorganisation, hohe vermeidbare Ausfallzeiten, ungenügende materielle Stimulierung zur Einsparung von Arbeitszeit und zur Gewinnung von Werktätigen."

In einem Papier für das "Autonomen"-Seminar zur DDR am 9.10.12.89 im westberliner Mehringhof heißt es zu dieser Problematik in zutreffender Weise:

"Da Arbeit keine kollektive Praxis mehr ist, muß sie individuell >entlohnt< werden. Leistungslöhne, Prämienlöhne usw., letztlich der Verweis von der kollektiven Praxis zum individuellen Konsum, ist die Folge. Der entfremdete Charakter der Arbeit läßt auch eine kollektive Organisation der Distribution durch Produzenten nicht zu. Der individuelle Konsum wird zur Kompensation für fehlende gesellschaftliche Praxis." Und so wurden in der DDR die normalen Abwehrmechanismen des Proletariats mobilisiert, wie sie halt aus einem kapitalistischen Ausbeutungsvorgang entspringen: Absentismus oder wenig Leistung für viel Geld.

Inflation und Verschuldung galoppieren

Seit 1971 bildete die Formel von der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik die Klammer, um das DDR-Proletariat arbeitsmäßig mit der "zweiten Lohntüte" bei der Stange zu halten. Die Kombinate, die sich als riesen Moloch entwickelten, in denen das Volksvermögen versackte, und die Plünderungen durch die SU erzwangen zur Aufrechterhaltung dieses Anspruch eine ungeheure innere Staatsverschuldung. Laut Wirtschaftswoche vom 15.12.89 beträgt der in den 80er Jahren aufgehäufte Berg der Staatsverschuldung pro Jahr 130 Milliarden DDR-Mark, wovon rund 55 Milliarden in das Wohnungsbauprogramm fließen. Rund 10 Milliarden betragen die Kosten für die "zweite Lohntüte". Desweiteren 65 Milliarden DDR-Mark (Volksblatt v. 16.11.89) durch Abwertungsverluste beim Export. Laut taz vom 15.11.89 verrechnete sich 1980 eine Valutamark mit 2,40 DDR-Mark, 1989 dagegen mit 4,40 DDR-Mark. Hinzukommen laut Volksblatt noch 20 Milliarden Dollar reine Auslandsverschuldung, die derzeit nicht gedeckt sind. Auf der anderen Seite bildete sich in den 80er Jahren zunehmend eine inflationäre Entwicklung aus, indem die DDR-Staatsbank fortlaufend Geld im Umlauf brachte, dem keine ausreichende Waren- und Dienstleistungsdecke gegenüberstand/steht. Die Begrenzung des inneren Konsummarktes durch die Mauer ließ diese Inflation jedoch nicht ausbrechen, weil die DDR-Werktätigen somit gezwungen waren, das Geld wieder in Form von Sparguthaben dem Staat zur Verfügung zu stellen. So betrug laut Roter Morgen (ebd.) die Spareinlagen 1986 rund 132 Milliarden Mark etwa die Hälfte aller Löhne einschließlich Wertschöpfung.

Weder von diesen Arbeitsbedingungen noch von den anderen Lebensbedingungen war die SED-Spitze und

die mit ihr verbundenen Parteintelktuellen (Prof's, Kombinatdirektoren, hohe Staatsbeamter, Spitzenfunktionäre der Blockparteien usw.) betroffen. Für sie gab es im grundgenommen einen uneingeschränkten Luxuskonsum unter wenig streifigen Arbeitsbedingungen. Auf diese Zustände hatten bereits 1967 revolutionäre Kräfte in der damals verbotenen westdeutschen KPD hingewiesen (siehe Auszug weiter unten). Damals als üble antikommunistische Propaganda verleumdet, räumen heute die führenden SEDler diese Zustände unumwunden ein, tun aber gleichzeitig so, als handele es sich dabei um eine "neue" Erscheinung während der letzten Jahre der Honnecker-Führung.

SED-Reformkonzepte vor Löcherung der Mauer

Der XI.Parteitag 1986 hatte beschlossen, 16 Kombinate faktisch aus dem Plan herauszulösen. Sie sollten nach der Methode "Eigenerwirtschaftung" selbständig werden. Darüberhinaus sollten sie Pilotfunktion für den gesamten Umbau der zentralisierten Kombinatwirtschaft erhalten. Dieser Umbau sollte im Frühjahr 1990 auf dem XII.Parteitag beschlossen werden und den Fünfjahrplan 1991-1995 bestimmen. Im Rahmen dieser Debatte wurde 1988/89 eine Parteidiskussion über die Zukunft der zentralisierten Kombinatwirtschaft eröffnet. Dabei wurden Stimmen über sogenannte Mißstände laut, wenngleich dies auch im verklausulierten Parteichinesisch geschah.

Anknüpfend an der revisionistischen Vorstellung, daß gerade die Entwicklung der Produktivkräfte orientiert am kapitalistischen Weltmaßstab das Markenzeichen eines Sozialismus sei, rückte in der Parteidebatte immer stärker die Frage der sogenannten Schlüsselindustrien für die Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution in den Vordergrund:

"Das wachsende Tempo des sich im internationalen Maßstab vollziehenden wissenschaftlich technischen Fortschritts ist also objektiver Natur. Mit diesem Tempo gilt es Schritt zu halten und auf einzelnen Gebieten Spitzenpositionen zu erringen. Nur dann...kann die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik kontinuierlich fortgeführt werden " (So der damalige SED-Chefideologe Otto Reinhold, in: Einheit 6-88, S.499)

Indem sich die Erneuerungsvorstellungen ausschließlich auf ein "objektives" Weltniveau, nämlich das der kapitalistisch-imperialistischen Staaten bezog, war es aus dieser Logik heraus auch zwingend, die Kombinate als nach kapitalistischem Muster wirtschaftende, selbständige Einheiten zu betrachten und von dieser Modellvorstellung aus den Umbau der gesamten Volkswirtschaft anzukurbeln. Der heute entmachtete Helmut Koziol, damals neben Mittag Spitzenfunktionär für Ökonomiefragen, nahm da kein Blatt vor den Mund. Mit Berufung auf die von Karl Marx entdeckten Gesetzmäßigkeiten für das Profitstreben des industriellen Einzelkapitalisten schrieb dieser saubere SED-Ökonom: "Karl Marx Hinweis...gilt, wenn man die kapitalistische Hülle abstreift, in vollem

SO SEHN'S DIE ANDERN

Auszüge aus linken Pressestimmen zur
DDR-Entwicklung

FAU

Die DDR ist in die revolutionäre Bewegung geraten. Die Mauer kann zum Mahnmal der Menschheit erklärt werden...Die Ostbonzen, die Gralshüter des Marxismus-Leninismus haben kaum je ihren Urahn studiert noch in ihn ernst genommen. Jetzt zappeln sie verzweifelt am schnöden Widerhaken ihrer - laut Lenin - allmächtigen Lehre. Welch Farce die Lämmer fressen den Wolf. Die Massen haben Geschichte gemacht, wie's in den blauen Bänden steht und nicht ungereimter im Märchen stehen kann...Laut Toqueville fangen die Menschen nicht im ausweglosen Elend an zu rebellieren, sondern immer dann, wenn es in der Geschichte vorwärts geht. In das ostdeutsche Dunkel leuchtete der russische Hoffnungschimmer und die Menschen begannen frech die Ohnmacht eines Systems zu ahnen, das nun nicht mehr allgegenwärtig die "unverbrüchliche Treue zur UdSSR " verlauten ließ und Parolen wie diese: "Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen!" aus: direkte aktion, Nr.78,1989

Wolfgang Fritz Haug

An der französischen Revolution hat Marx ("Zur Judenfrage") beobachtet, wie das in der Feudalstruktur über die ganze Oberfläche verteilte Politische aus dieser Zerstreuung gesammelt, aus der Gesellschaft zurückgezogen und als eine eigene Sphäre konstituiert wurde; dem entsprach die "Dislokation", die Umsetzung des Religiösen aus dem Staat in die Gesellschaft. Es ist, als hätten sich einige Züge des Feudalismus im befehlsadministrativen Staatssozialismus reproduziert. Wie einst das Religiöse war hier das Ideologische im Staat zu Hause, und wie einst das Politische, erstreckte sich dieser, verkörpert durch "die Partei", über die ganze Oberfläche der Gesellschaft. Die jetzige Revolution bewirkt die Kontraktion des Staates und seine erneute Verweltlichung durch "Dislokation" der Ideologie in die Gesellschaft.
aus: Volkszeitung, Nr.50/1989 (letzte Ausgabe)

KPD (Sitz Gelsenkirchen)

Die DDR bleibt auch heute noch verteidigungswert - trotz ihres Revisionismus und aller damit verbundenen Übel. Denn unser Hauptfeind, und auch der Feind der Bevölkerung in der DDR, sind die Bonner Revanchisten...Es gibt in der heutigen DDR genug Gründe zu Protest, aber nicht in einer Reihe mit dem Klassenfeind aus Bonn!
aus: Roter Morgen, November 1989

MG

Sie (die SED - d.Säzzer) hat sich zu der Einsicht bekehrt, daß mit ihrem alten Sozialismus unter ihrer Führung kein Staat zu machen ist. Wie immer ist sie auch jetzt den "Realitäten" auf der Spur und sieht die Perspektive der Nation wie die des Volkes in ebenso enger wie breiter Zusammenarbeit mit der BRD. Schluß mit "sozialen Preisen". Schluß mit der "Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik". Schluß mit der Gängelung und Bevormundung durch Arbeitsplatzsicherheit und Billigmieten - Effizienz ist doch wichtiger als Gerechtigkeit. Und vor allem: Devisen sind doch wichtiger als alte sozialistische Versorgungsideale! Das deutlich zu sagen: das ist Mut zur Ehrlichkeit. Solche Ehrlichkeit schafft Glaubwürdigkeit, die Vertrauen verdient. Und so etwas ist in jeder ordentlichen Demokratie ein Wahlkampfpfeffer. Für die SED allerdings nicht. Der

Maße für unsere Kombinate und Betriebe.“(ebd.S.507)

Unter diesen Gesichtspunkten war es für die SED-Reformer auch selbstverständlich, die stärkere Öffnung hin zum kapitalistischen Westen mit Macht anzustreben. So schrieb der ebenfalls heute entmachtete SED-Chefökonom, Harry Nick, in der selben "Einheit": "Von dorthier (gemeint ist die wissenschaftlich-technische Revolution - d.Säzzer) ergeben sich objektiv neue Notwendigkeiten und Möglichkeiten, die Auseinandersetzungen zwischen den Gesellschaftsordnungen mit Elementen eines positiven Wettstreits, einer für alle Seiten fruchtbaren Kooperation zu verbinden.“(ebd.S.521) Einem ersten Zwischenergebnis gleich, faßte der damalige SED-Oberguru in Sachen Planwirtschaft, Günter Mittag, die bisherigen Reformvorstellungen parolenartig zusammen: "Von der festen Position unserer Gesellschaftsstrategie aus gehen wir jeden weiteren Schritt bei der Verwirklichung unserer Generallinie in ihrer Dialektik von Kontinuität und Erneuerung. Das bedeutet, am Bewährten nicht rütteln zu lassen, sich von allem zu trennen, was uns am Voranschreiten hindert, und neue Aufgaben anzupacken - mit Umsicht, Kühnheit und nochmals Kühnheit.“ (in: Einheit 4-89, S.299)

Damit war in der SED die Tür für weitere, stark am westlichen Industriekapitalismus orientierte Reformüberlegungen aufgestoßen, wobei jedoch nicht übersehen werden darf, daß hinter der "Generallinie" die Auffassung stand, keinesfalls die "Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik" aufzubrechen und damit der Partei den Führungsanspruch in Sachen Planwirtschaft zu nehmen. Dieses Verständnis von Staatskapitalismus findet sich besonders auch im chinesischen Wirtschaftsmodell (siehe dazu wi 2/88).

Vom Resultat her betrachtet konnte sich diese Linie in der SED nicht durchsetzen - zu stark war das Drängen breiter Teile der Bevölkerung nach Demokratisierung, womit eben die "führende Rolle der Partei" zur Disposition stand. Auf der 9.ZK-Tagung, am 19.10.89, wurde die Fraktion Honnecker-Mittag entmacht - und wie bekannt - wurde vorübergehend der Interimskandidat Krenz für wenige Wochen an der SED-Spitze installiert. Hierdurch konnten die SED-Reformer um Modrow & Co. sofort ihre weitergehenden Reformideen propagieren - nämlich solche, die die Ummodelung des staatlichen, politischen und kulturellen Überbaus mit beinhalten.

In der "Einheit" Nr.11-89, die unmittelbar nach dieser einschneidenden ZK-Tagung erschien, finden sich dann auch in Sachen Ökonomie keine qualitativ anderen Vorschläge als sie von der Honnecker-Fraktion zuvor unterbreitet worden waren. Nur die Stoßrichtung erhielt erheblich an Konturen:

- ☞ Zunächst wurde eingeräumt, daß die DDR-Wirtschaft stagniere.(siehe dazu Einheit 11-89,S.979) Dies war allerdings ein (öffentliches) Novum. Von dort aus wurde ebenso deutlich gemacht, daß eine Politik des Sparens anvisiert werde. Der Hebel hierfür sollte die Subventionspolitik sein (ebd.S.989) - im Klartext: die "zweite Lohntüte". "Nicht wenige Bürger erklären z.B., daß sie bereit wären, für diese oder jene Leistung höhere Tarife zu bezahlen, wenn unser System der Dienstleistungen besser und effektiver funktionieren würde.“(ebd.) Wer diese anonymen Bürger sein

könnten, konnte man bereits Anfang Oktober 89 einem SEW-Reisebericht (Wahrheit v.6.10.89) entnehmen. So z.B. die KollegInnen des LEW in Henningsdorf, welches mit AEG zusammen Intercityzüge für Griechenland (mit einer festen Auftragslage bis zum Jahr 2000) baut. Sie verfügen über überdurchschnittliche Lohnzulagen, längeren Urlaub und arbeiten freudig im Schichtbetrieb.

- ☞ Auch in Sachen Kombinate -bezogen auf die Erfahrungen der 16 Pilotkombinate - wurde die Sprache deutlicher. Der bisherige Hauptmangel im Funktionieren der DDR-Wirtschaft wurde in der Disproportionalität der Finalbetriebe zu den Zulieferbetrieben gesehen. Hier soll zukünftig das kapitalistische "Just-in-time-Modell" (siehe dazu wi 2/87) installiert werden (ebd.S.1039). Nur so können - das meinen die entschiedenen SED-Reformer um Modrow - die DDR-Betriebe am EG-Markt erfolgreich teilnehmen (ebd.S.1041). Und erfolgreich könnten dann DDR-Betriebe nur sein, wenn sie dies in eigener Regie tun (ebd.S.1042). Dies beinhaltet allerdings die Abkoppelung von staatlich fixierten Industriepreisen (ebd.) und völlig selbständige Teilnahme am DDR-Binnenmarkt (ebd.S.1045).

- ☞ Während das Eigenerwirtschaftungsmodell der Kombinate als Vorbild vom Modrow-Flügel uneingeschränkt weiter propagiert und vertieft wurde, zielte nun auch die Kritik auf die dort beschäftigten Kollegen, die sich bisher nicht wie die LEWler ordentlich krummlegen wollten. So sollte "Schluß gemacht werden" mit dem bisherigen Lohnsystem, daß auch denen einen ausreichenden Lohn gewähre, die nicht zusätzliche Leistungen erbringen wollten (ebd.S.991). Höhere Löhne sollten dagegen demnächst in jedem Fall "Meister und Ingenieure" erhalten.(ebd.S.992) Auch sollte unbedingt der Paragraph 89 Abs.3 des Arbeitsgesetzbuches fallen, der den KollegInnen während der Maschinenstillstandzeiten den Leistungslohn garantiere.(ebd.S.993) - und vor allem sollte eine Neuregelung der Löhne nicht mehr zentral erfolgen, sondern sich nach der wirtschaftlichen Stärke des jeweiligen Kombinats richten, meinte Prof.Dr.sc.oec.Schmidt/Berlin auf S.997.

Vor Löcherung der Mauer lautete also bereits das bittere Résumé der DDR-Wirtschaft aus Sicht der entschiedenen SED-Reformer: Kombinate und Betriebe endgültig als selbständige kapitalistische Wirtschaftseinheiten behandeln, den "doppelt freien Lohnarbeiter" (Marx's polit-ökonomischer Begriff für den Proleten) wieder installieren und die staatliche Subventionspolitik nach den neuen Erfordernissen neu ordnen. **Kurzum: Wer also einen Kapitalismus will, der sich an der Keynes'schen sozialen Marktwirtschaft orientiert, der braucht auch den passenden Überbau - sprich die bürgerliche Demokratie. Hier trafen nun die DDR-Oppo-Gruppen mit ihrer Forderung nach "Freiheit" auf die Freiheitsfreunde aus der SED. Und alle freuten sich über die Löcher in der Mauer.**

Nach Löcherung der Mauer:

SED eine "Partei des Demokratischen Sozialismus" als Geburtshelfer des vollendeten DDR-Kapitalismus

"Genossen! Laßt uns zur Partei des Kampfes um soziale Sicherheit und um soziale Gerechtigkeit werden." Gysi

Herr Gysi, neuer SED-PDS-Vorsitzender, wurde mit breitem Beifall auf der zweiten Runde des SED-Parteitag am 16./17.12.89 bedacht, als er erklärte: "Keine Partei oder Bewegung in diesem Land verfügt heute bereits über ein fertiges Staatskonzept für die Zukunft, auch wir nicht." (ND v.18.12.89). Und obwohl es wegen des neuen Überbaus einer in Richtung westlichen Kapitalismus zu transformierenden DDR tatsächlich noch Klärungsbedarf gibt, konnte er schonmal die Richtung klar machen: Daß gegenwärtige Staatskonzept sei "deformiert" und eine neue Verfassung habe sich "an gutem marxistischem und bürgerlich-demokratischem Verfassungserbe" zu orientieren. Da sich bekanntlich - nach Marx - der Überbau langsamer umwälzt als die Basis, findet hierin der interessierte Zeitgenosse auch eine weitere Bestätigung für die Herausbildung kapitalistischer Produktionsverhältnisse in der DDR. Von daher waren Gysis Ausführungen zur DDR-Wirtschaft auf dem Parteitag samt und sonders alte Hüte, wie sie in den Umbaukonzeptionen seit dem XI.Parteitag 1986 bereits entwickelt worden waren: Das Leistungsprinzip solle nun uneingeschränkt gelten, die Löhne sollten sich allein am Betriebsgewinn orientieren, Subventionen sollten keinesfalls länger nichterbrachte Individualleistungen verschleiern, Marktsozialismus und rein in die EG (ebd.). Das Zerreißen des alten Zusammenhangs zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik ward vollzogen, die Weichen für den Eintritt in die Phase des vollendeten Kapitalismus gestellt. Die SED-PDS gab ihren Führungsanspruch auf.

In zahllosen Veröffentlichungen, Kommuniqués und Diskussionsbeiträgen profilierten sich SED-Ökonomen nach der Löcherung der Mauer für diese Weichenstellung. Allen voran eine AG aus dem Finanz- und Preisministerium, die die Ergebnisse der Beratung Modrows mit den Generaldirektoren der Kombinate und mittleren Wirtschaftsfunktionären vom 10.12.89 vertieften. Ganz im Jargon der 60er Jahre, als die alte Stalinsche Wirtschaftskonzeption geknackt wurde, proklamierte die AG im ND v.14.12.89, daß nun endlich den Ware-Geld-Beziehungen im "Sozialismus" zur vollen Entfaltung kommen müßten: "Die Schaffung einer leistungsorientierten, auf die Markterfordernisse ausgerichteten und international konkurrenzfähigen Wirtschaft schließt eine Politik des harten Geldes

glaubt man noch nicht einmal ihre neuen Gemeinheiten. Dabei hat sie sie doch vom Westen gelernt. aus: Flug der MG zu einer Veranstaltung in Westberlin Ende November 1989

KPD (Sitz Stuttgart)

Es ist daher eine gefährliche Illusion, wenn viele Menschen in DDR glauben, mit "Reformen" im Stile Gorbatschows könne sich ihre Lage bessern. Diese "Reformen" sind nur die Ersetzung des Kapitalismus bürokratisch, revisionistischen Typs durch den "klassischen" Kapitalismus westlichen Typs. Es ist der Kapitalismus an sich - unabhängig von seiner konkreten Form - der die Werktätigen niederdrückt. Objektiv ist er reif für einen revolutionären Sturz, für eine Ablösung durch den Sozialismus. Ohne Zweifel wird die Kommunistische Partei in der DDR wieder aufgebaut werden; unter ihrer Führung wird die Arbeiterklasse die Macht ergreifen und den Sozialismus errichten. aus: Roter Morgen, Nr.11/1989

SEW (Kreuzberg)

Wir haben uns schon 1961 mit dem Gerede vom "antifaschistischen Schutzwall" etwas vorgemacht...Nur dieser Zwang konnte damals die Existenz der Sozialismus retten...Aber der Sozialismus entwickelte sich weiterhin als eine Art "Erziehungsdiktatur"...Karl Marx, an den gelegentlich zu erinnern gar nicht verkehrt ist, wußte dies schon vor 150 Jahren, als er in der 3. Feuerbachthese schrieb, daß die "Lehre von der Erziehung" vergesse, daß der "Erzieher selbst erzogen werden muß" und daß es deshalb nicht angehe, die Gesellschaft in zwei Teile zu teilen, "von denen der eine über den anderen erhaben ist". Die SED erlebt gerade den praktischen Wahrheitsbeweis auf diese These. Die Massen haben ihr die Lebenslüge vom unbeschränkten Recht des "Erziehers" zu erziehen, auch mit dem Stock, wenn es sein muß, schnell und schmerzhaft ausgetrieben. aus: Kommik, Nr.4/1989

VSP

Die Entwicklung in der DDR ist ein Test für die Gültigkeit politischer Theorien. Wäre das Land kapitalistisch, könnte es umstandslos Westdeutschland angeschlossen werden. Tatsächlich lehrt die Erfahrung, daß es ein vom Kapitalismus völlig unterschiedliches ist...Am Beispiel der DDR kann auch das eigene Programm konkret vermittelt werden. Das schafft unverhoffte Möglichkeiten, weil es nicht mehr abstrakt dargestellt, sondern durch konkrete Ereignisse vermittelt werden kann. Das alles sind Beiträge dazu, die revolutionäre Bewegung in der DDR abzuschirmen und zu verteidigen - mit der Losung "Hände weg von der DDR". aus: SOZ, Nr.23/1989

MLPD

In der Massenbewegung der DDR wird das spontane Streben nach einer selbstbestimmten Gesellschaft deutlich, die frei von Ausbeutung und Unterdrückung ist. Es ist die Pflicht der MLPD, ihre Analyse über die Wiederherstellung des Kapitalismus in der Sowjetunion und der DDR den Werktätigen in der DDR zugänglich zu machen. Das ist auch eine Kampfansage an die von der "taz" am 14.11. verkündete Auffassung der Grünen, die Stärke der Massenbewegung in der DDR bestehe darin, daß sie keine Führer habe, keine revolutionäre Strategie und keine revolutionäre Partei. aus: Rote Fahne, Nr.47/1989

KB

Das BRD-Kapital steht bereit, um sich mit Geld, Maschinen und Knowhow auf diesen riesen Markt (die DDR - d.Säzzer) zu stürzen - und ihn dabei zugleich nach seinen Vorstel-

Über Nacht kam das Proletariat abhanden!

NEUES DEUTSCHLAND *Proletarier aller Länder, vereinigt euch!*
 ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

Sonnabend/Sonntag
 16./17. Dezember 1989
 44. Jahrgang / Nr. 295
 A-Ausgabe
 Einzelpreis 1,20 DM

Kollektion und Verlag: Franz Meißner
 Postfach 1, Berlin, 10117, Telefon: 3 81 15
 (Fernnummern): (030) 4323-3311

NEUES DEUTSCHLAND
 SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

44. Jahrgang / Nr. 297
 A-Ausgabe
 Einzelpreis 1,20 DM

Kollektion und Verlag: Franz Meißner
 Postfach 1, Berlin, 10117, Telefon: 3 81 15
 (Fernnummern): (030) 4323-3311

Montag, 18. Dezember 1989

sowie eine restriktive Finanzpolitik notwendigerweise ein." Um die inflationären Tendenzen zu stoppen, empfiehlt sie als ersten kurzfristigen Schritt, daß die Werktätigen ihre Sparguthaben nicht in Konsumgüter verschleudern (die es derzeit eh nicht gibt), sondern sie sollten "Obligationen und Aktien"-Besitz an "ihren" Betriebe erwerben. Damit sollte ebenfalls der sofortige Abbau von "nicht gerechtfertigten Preisstützungen" abgefangen werden. Insgesamt sollte damit längerfristig die Rolle der Staatsfinanzierung zurückgedrängt werden und die Staatsbank als Zentralbank sollte nicht mehr dem Ministerrat, sondern der Volkskammer unterstellt sein. Diese Rücknahme des alten Staatsinterventionismus würde nach Meinung der AG erst den richtigen Durchbruch für die Selbständigkeit der Betriebe und Kombinate bringen; denn hierdurch könnten endlich die Valutaerlöse der Außenhandelsbetriebe - und solcher, die es werden sollen - in völlig eigener Regie verbleiben. Kombinate und Betriebe sollten - wie im westlichen Kapitalismus - nur noch nach festen Steuersätzen hin an den Staat abführen. Und dem fielen nur noch die Aufgabe zu, Rahmendaten für "ausgewählte Gebiete" zu erheben. Die völlig selbständige Verfügungsgewalt über die Akkumulation des realisierten Mehrwerts bliebe somit zukünftig alleinige Angelegenheit der Betriebe, die durch die AG ausdrücklich ermuntert wurden, ihren Reproduktionsfond durch Westkapital zu erweitern. Die zur Zeit fehlenden Mittel für die Rekonstruktion des derzeit veralterten Maschinenparks der Betriebe und Kombinate könnten durch Leasinggeschäfte mit dem Westen oder Verpachtung von Grundstücken und Industrieanlagen kompensiert werden.

Am 20.12.89 bilanzierte die SED/DDR-Führung das wirtschaftliche Desaster des laufenden Rechnungsjahres im ND, aus dem es nun nur noch den kapitalistischen Ausweg geben soll:

- ☐ 148 von 383 Staatsplanpositionen sind nicht erfüllt
- ☐ die Vertragsrückstände im Bauwesen betragen 541 Mill.DDR-M

- ☐ 21 Prozent beträgt der Planrückstand der Landwirtschaft
- ☐ von 97 zentralen Investitionsvorhaben wurden 86 in Angriff genommen
- ☐ die Vertragsrückstände im Export sind weiter angewachsen
- ☐ 117 von 167 Industriewarenlieferungen auf dem Binnenmarkt waren nicht erfüllt
- ☐ der Lieferrückstand bei Fertigwaren betrug 589 Mill. DDR-M
- ☐ die Spareinlagen erhöhten sich auf weitere 3,6 Milliarden DDR-M

Das solch eine Situation wenig positiven Widerhall beim DDR-Proletariat findet, liegt zwar auf der Hand, aber es gab bislang wenig Anzeichen eines Unwillens. Dennoch ließ die SED rund um ihren Parteitag im ND etliche Verlautbarungen aus Betrieben veröffentlichen, die zum einen den neuen Kurs lobten und sich zum andern ausdrücklich gegen Arbeitskämpfe aussprachen. So heißt es zum Beispiel im ND v. 16./17.12.89, daß 1.000 Bergleute eine Erklärung unterzeichnet hätten, in der sie ausdrücklich vor Streiks warnten.

Wenn sich das DDR-Proletariat nicht endlich auf seine eigene Kraft besinnt, dann wird wahr, was Herr Wokurka, Leiter des Robotron-Kombinats, dem Spiegel als seine Wunschvorstellung nannte: "Wenn ein Bürger eine bestimmte Anzahl von zumutbaren anderen Stellen ablehnt, dann muß nach einer angemessenen Frist auch die Kündigung ausgesprochen werden." (Spiegel, Nr.48-89, S.116f) Und dies entspricht voll und ganz dem, was Herr Modrow seinen Direktoren am 10.12.89 vorschlug: "notwendige Planreduzierungen" und ein "Arbeitsbeschaffungsprogramm". (vgl.dazu Tagesspiegel v.12.12.89)



DDR-Oppo-Gruppen überwiegend im Fahrwasser der SED-Reformer

Mokant charakterisierte die Morgenpost am 17.12.89 den "runden Tisch": "Vier Anwälte und ein Dutzend ihrer Mandanten sind die politische Hoffnung der DDR." Und damit traf sie den Nagel auf den Kopf. Als die SED in den 70er Jahren den Parteintelktuellen die Ausarbeitung der ökonomischen Konzepte übertrug, konnte sie nicht ahnen, daß ihr rund 15 Jahre später eine Opposition entgegentreten würde, die eben aus diesen sozialen Zwischenschichten hervorstammte, aus denen die SED-Konzeptmacher selbst entstammten.

Am 30.10.89 gab die DDR-Oppo-Gruppe "Demokratischer Aufbruch" ihre Führungsriege bekannt: Bis auf einen Schlosser, zwei Rechtsanwälte, ein Soziologe, eine Musikdramaturgin, zwei Pfarrer, ein Physiker, ein Dozent, ein Physiker, ein Ingenieur. Ähnlich ist die soziale Zusammensetzung des "Neuen Forums" und selbst die "Vereinigte Linke" stellt nicht mehr dar, als eine Gruppe von "30-50jährigen Männern aus intellektuellen Zirkeln" (siehe dazu Reader zum autonomen DDR-Seminar, S.2).

Von daher ist es auch nicht verwunderlich, daß das Hauptpaket der Forderungen dieser Mittelschicht-Oppo-Gruppen in erster Linie auf die Veränderungen im politischen Überbau zielt, während in Sachen Ökonomie das gleiche Vokabular verwendet wird wie bei den SEDlern. Stellvertretend dafür steht eines der ersten Flugblätter des "Neuen Forums", herausgegeben Mitte September 1989, wo es heißt, daß vor allem die "gestörte Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft die schöpferischen Potenzen" der Gesellschaft lähme (zitiert nach ges.Flugschriften DDR'89, S.2).

Auf dieser Linie vereinigten sich recht schnell danach alle DDR-Oppo-Gruppen, nachzulesen im gemeinsamen Flug vom 3.11.89 (ebd. S.1).

Parallel zu dieser Fixierung auf die Reform des Staatsapparates begann zögerlich die Orientierung an ökonomischen Fragen. Und da wurde schonmal dem DDR-Proletariat die eine oder andere Schmähung zuteil: "Vielen Werktätigen ist ihre Arbeit gleichgültig geworden. Sie wehren sich gegen Bevormundung und Mißwirtschaft durch nachlässiges Arbeiten...Werktätige im Handel, Handwerk und Dienstleistung gegen ihre Unzufriedenheit an ihre Kunden weiter. Wie oft erleben wir Grobheit und Unfreundlichkeit. War das unser Traum von Brüderlichkeit und Schwesterlichkeit." (Demokratie jetzt, Zeitung der Bürgerbewegung, 30.9.89, S.1)

Und die "Initiative für unabhängige Gewerkschaften" verlautete in ihrem Aufruf ans DDR-Proletariat: "Die nächsten Jahre werden für uns kein Zuckerschlecken."

Wie man Lohn und Leistung zukünftig in der DDR-Wirtschaft aus Oppo-Sicht zu sehen habe, machte ein Artikel im "telegraph" - Zeitung der

lungen umzugestalten...Vieles davon stimmt mit Vorstellungen überein, die ohnehin bei den Reformkräften im DDR-Apparat bestehen und die sich beispielsweise auch im Programm der neugegründeten SPD-Filiale der DDR wiederfinden lassen....Nimmt man die heute schon bestehende "Kolonialisierung" der DDR durch die BRD-Kultur (Fernsehen, Mode etc., selbst alternative Trends) hinzu...die sich künftig verstärken wird und die ja in der DDR-Bevölkerung offensichtlich breite Akzeptanz hat, ist zu befürchten, daß sozialistische Opposition in der DDR keinen leichten Stand haben wird, daß sie aus einer minoritären Position agieren zu haben wird - letztlich nicht so wesentlich anders als wir in der BRD.

aus: ak, Nr.312, 1989

Hermann L.Gremlitz (konkret)

Und schließlich wird sich herausstellen, daß das Ende des realen Sozialismus nicht nur keinen Anfang eines anderen, besseren, sondern auch nicht den Beginn bürgerlicher Demokratie bedeutet. Die gedeiht nämlich (bitte umsehen!) nur im Reichtum, und schon jetzt ist der Lebensstandard der in privatkapitalistische Experimente gestürzten Sowjets, Ungarn und Polen weit unter den letzten realsozialistischen Stand gesunken. Auf westliche Großinvestitionen hoffen sie vergeblich. Was die kapitalistische Internationale sucht, sind Billiglohnländer auf dem Niveau von Südkorea, deren Proleten für ein Drittel des ungarischen oder polnischen Mindestlohns die doppelte Arbeit leistet.

aus: konkret Nr.12/1989

RADIKALE LINKE [Westberliner Gruppe]

(auf ihrem Treffen am 18.11.89, nach Prowo-Bericht) Obwohl die dramatische Entwicklung in der DDR alle Gemüter zutiefst bewegt und am Arbeitsplatz, in der Kneipe oder zu Hause Anlaß für viele Gespräche gibt, blieben die meisten anwesenden Menschen stumm. Obwohl der drohende Ausverkauf und Ruin der DDR und der zunehmend unverhüllt auftretende Revanchismus jeden linken Menschen beängstigen und für sich als eine Herausforderung betrachten muß - hüllten sich die radikalen Linken in Schweigen.

aus: Prowo, Null-Nr.6/1989

AUTONOMES SPEKTRUM

Aufgrund der gemachten Erfahrungen der Bevölkerung der DDR ist die Gefahr einer kapitalistischen Restauration ungeheuer groß. Für Kommunisten kann es keine rein (defensive) ökonomische Antwort geben. Stalinistisch-bürokratische Planung kann nur beseitigt werden, wenn die Herrschaft der Bürokratie insgesamt beseitigt wird, was angesichts bestehender gesellschaftlicher Strukturen und der entsprechenden staatlichen Absicherungen eine revolutionäre Umwälzung bedeutet; - allerdings - auf mittlere Sicht hätte selbst ein sozialistisches Gesellschaftsmodell, das auf die DDR isoliert bliebe nicht die geringste Überlebenschance.

aus: Reader der AG Wirtschaft für das Autonomien-Seminar am 9./10.12.89

Diese Analyse (gemeint ist Bahros Buch "Die Alternative -d.Säzzer) erklärt die Bedingungen des "Aufstands der Subalternen" in der DDR, erklärt auch, warum die SED-Basis sehr schnell reformfreudig wurde. Leider macht sie auch plausibel, daß eine Abschaffung der subalternen Mentalität nicht so einfach sein wird. Bahro wirft ja dem östlichen System vor, daß es zentrale Bestandteile der Kapitalismus, z.B. die Betriebsbeziehung, nicht abgeschafft hat. Subalternität kann sich also auch in DDR-Betrieben bei einer Orientierung auf marktwirtschaftliche Lösungen

Umweltbibliothek - am 16.11.89 deutlich: "Wer also volle Leistung verlangt, der muß sie auch voll bezahlen und als Maßstab gilt nicht, was sich irgendein Politbürokrat an seinem Schreibtisch ausgedacht hat, oder was er sich in der dritten Welt abgesehen hat; als Maßstab gilt, was im Weltdurchschnitt für vergleichbare Arbeit bezahlt wird."(S.7). Und weiter: "Auf die Dauer kann man von den Werktätigen nicht verlangen, daß sie nach Maßstäben, die das Weltniveau setzt, produzieren und nach den Maßstäben von vorindustriellen Hinterwäldlern konsumieren."(ebd.)

Von solchem Rassismus aus war es dann auch nicht weit zu der Erkenntnis, daß nur das BRD-Kapital in der Lage sei, dieses "Weltniveau" in der DDR herzustellen zu können. So trafen sich Ende November 89 die Mitglieder der Gruppe "Ökonomie" vom "Neuen Forum" mit Vertretern des BRD-Kapitals - u.a. mit Herrn Necker, Präsident des BDI, um an zwei Tagen im Plenum und in Arbeitsgruppen die Auslieferung der DDR-Wirtschaft an das BRD-Kapital zu beraten. Von DDR-Seite aus votierte der Ökonomie-Prof. Steinberger für "Opfer", die nun zu erbringen wären, und die ganze Sache müsse natürlich "in Dollar" verrechnet werden (siehe dazu Tagesspiegel und taz v.28.11.89). Sein Kollege Wilde verlangte die "Etablierung" eines "Kapitalmarktes" und das "Neue Forum" meinte mit offensichtlicher Berufung auf sich selbst: "Aus der wirtschaftlichen Krise kommen wir nur heraus, wenn wir uns auf Intelligenz, Ideenreichtum und Initiative von selbständig agierenden Betrieben stützen." Herr Necker bescheinigte den Diskutanten ein Lob und pries die "sanfte Revolution", meinte jedoch, daß er sich solch eine Aufbruchstimmung auch für die Betriebe wünsche. Das "Neue Forum" dürfte ihn - ähnlich wie die SED-Reformer - mit Kräften bei der Realisierung dieses Wunsches unterstützen. In 17 Thesen legte das "Neue Forum" den dazugehörigen Plan vor, und er las sich, wie bei der SED abgeschrieben:

- ☞ Bis zu 49 Prozent sollen die Betriebe reprivatisiert werden, sei es durch Belegschaftsaktien oder durch Westkapital;
- ☞ Das Außenhandelsmonopol des Staates soll durch die Betriebe ersetzt werden;
- ☞ Staatliche Planung soll sich auf Rahmendaten beschränken;
- ☞ Schrittweise Konvertierung der Währung;
- ☞ Beschränkung der Rolle der Staatsbank und Installation eines Steuersystems nach westlichem Muster;
- ☞ Betriebe bestimmen die Löhne, Stellenpläne und Preise selber;
- ☞ Arbeitslose erhalten Sozi, Umschulungswillige(?) kriegen Unterstützung;
- ☞ Banken werden selbständig;
- ☞ Pacht und Mieten werden frei ausgehandelt;
- ☞ Entwertung aller Sparguthaben.

Eine beliebte Parole bei DDR-Oppo-Demos:



Bei solchen Tönen war es klar, daß weiterer Westbesuch nicht auf sich warten lassen würde. Anfang Dezember 89 trafen sich die "Berliner Oppositionellen" im Hinterzimmer der Prenzlauer Berg Kneipe "Quelle" mit dem BRD-Oberkapitalisten Wolf von Amerongen zwecks weiterer Unterweisung. Dieser erläuterte ihnen, daß alle DDR-Betrieb unter 1.000 Beschäftigten voll reprivatisiert werden müßten - Rechtsform GmbH. Betriebe mit der Größenordnung 1.000 - 3.000 müßten einer Rentabilitätsprüfung unterzogen werden und jeder Betrieb über 3.000 Beschäftigte müßte zu 48 Prozent Eigentum der BRD-Kapitalisten werden (Quelle: telegraph v.10.12.89).

Während die sogenannten bürgerlichen Oppo-Gruppen immer stärker das Gesicht dem BRD-Kapital zuwandten, die Blockparteien ihre alten Verbindungen zu ihren BRD-Schwesterparteien intensivierten und sich von der SED absetzten, geriet in Sachen Ökonomie die "Vereinigte Linke" immer tiefer ins ideologische Nirwana. Ende November 89 führte sie eine Konferenz zur Herausbildung eines Programms durch. Während die "Westlinken" (außer "Autonome" und frz. "Trotzkisten"- warum wohl?) im Sinne eines Auswärtsspiels die Debatte im Plenum dominierten ("heftiges Gezänk"), blieb das Ergebnis der AG's mager. Die Ökonomie-AG vermeldete: "Die Ökonomiegruppe konnte sich nur auf Kernpunkte der Böhlener Plattform einigen...Hinzugesetzt wurde, daß diese Punkte im weltweiten Kontext gelten. Alternative Wirtschaftsvorstellungen wurden in der Gruppe nicht konkretisiert."(Quelle: telegraph v.29.11.89)

Was unter "weltweitem Kontext" zu verstehen ist, war dann im "Manifest für eine autonome Frauenbewegung" am 9.12.89 in der "taz" zu lesen: "Für einen modernen Sozialismus auf deutschem Boden in

einem gemeinsamen europäischen Haus."

Unter den DDR-Oppo-Gruppen hat die SDP gute Chancen, in den "freien" Wahlen im Mai 1990 als starke Kraft hervorzugehen. Sie selber - ebenfalls eine Mittelschichtpartei - hat alle Kraft darauf verwandt, sich das Profil einer Volkspartei zu geben. Dabei wurde sie tatkräftig von den BRD-Sozialdemokraten unterstützt. So konnte sie - im Gegensatz zu den anderen Oppo-Gruppen - bereits am 7.10.89 programmatische Grundlagen vorlegen. Ganz im sozialreformistischen, prokapitalistischen Sinne eines Godesberger Programms zielt die SDP auf eine soziale Marktwirtschaft: "Der Marktmechanismus ist ein nicht durch Planung zu ersetzendes Mittel der Steuerung der Wirtschaft. Er muß in unserer Wirtschaft wieder zur Geltung kommen." (S.5) Und weiter unten: "Wir treten ein für Mitbestimmung, Kapitalbeteiligung und Selbstverwaltung als Wege der Demokratisierung der Wirtschaft." (S.6) Die Nähe zum "Bülow"-Papier war frappierend (siehe dazu weiter unten).

Und last not least zählt auch diese Gruppierung zur "Bürgerbewegung" der DDR und greift in den Verlauf der "sanften Revolution" ein. Gemeint ist die am 30.11.89 in Leipzig gegründete "Partei für die Wiedervereinigung Deutschlands" (PWD). In ihrer Programmatik heißt es: "Die Aufrechterhaltung des Staates DDR, wie es sowohl die erneuerte SED als auch verschiedene Oppositionsparteien und -gruppierungen anstreben...erachten wir 44 Jahre nach Kriegsende nur noch im Sinne einer Gewährung der öffentlichen Ordnung und als Organisation der Interessenvertretung der Bevölkerung während einer Übergangsperiode bis zur Wiedervereinigung für notwendig. Um die soziale Gefährdung der DDR-Bevölkerung so gering wie möglich zu halten, fordern wir den schnellstmöglichen Übergang zur freien und sozialen Marktwirtschaft und sofortige gesetzliche Rahmenbildung für Investitionen westdeutschen Kapitals." (Quelle: Die Welt v.1.12.89) Modrows moderate Formulierung von der "Vertragsgemeinschaft" DDR-BRD stieß eben nicht nur bei BRD-Kanzler Kohl auf Zustimmung, sondern beflügelte in der DDR reaktionäre Kräfte jeglicher Couleur - ganz zu schweigen von den Faschokräften, ihr Haupt zu erheben.

Klasse, Klassenkampf, revolutionäre Umgestaltung und Diktatur des Proletariats - das sind nicht nur abhandengekommene Begriffe,

schnell wieder einstellen, die produzierte Verantwortungslosigkeit für gesellschaftliche Zusammenhänge ist durch die gewaltfreie Massenbewegung erst angekratzt worden. Bei einem Abbröckeln der Bewegung besteht die Gefahr, daß die subalterne Mentalität, diesmal für die soziale Marktwirtschaft und daher effektiver, wieder schnell zum Tragen kommt.

aus: Graswurzelrevolution, Nr.139/1989

BWK

Der extreme Grad an Zentralismus - das sollte nicht in Vergessenheit geraten - ist wahrscheinlich im hohen Maße in Reaktion auf den westlichen "Wirtschaftskrieg" gegen die DDR entstanden und auf die ständige westliche Drohung mit einem militärischen Überfall auf die DDR. Spannend wird die Form der Dezentralisierung werden...Sicher ist, daß die DDR großes Interesse an eigenständigen Handelsverträgen mit der EG hat...Die DDR könnte so einen Schritt unternehmen, um aus den Abhängigkeiten des sog. innerdeutschen Handels mit seinen Sonder- und die Souveränität in Frage stellenden Verträgen auszubrechen. Dies wäre sicher auch ein Schritt auf dem Weg zur völkerrechtlichen Anerkennung der DDR durch die BRD.

aus: Politische Berichte, Nr. 24/1989

RIM (Maoisten) - westberliner Symphatisanten

Was die Herrschenden in der DDR jetzt tun, ist der "Entnazifizierung", die in der BRD nach dem zweiten Weltkrieg stattgefunden haben soll, sehr ähnlich. Ein paar führende Köpfe rollen und alle anderen Reaktionäre, die jahrelang mitregiert und mitgemacht haben, werden im Handumdrehen zu "Demokraten" umgemünzt und das Spiel geht weiter...Die Situation in der DDR und in vielen Teilen des Ostens ist extrem explosiv, und eine revolutionäre Krise könnte zu jeder Zeit entstehen. So eine Explosion könnte ganz Europa in Brand setzen. Worauf wir nur sagen können, "Je früher desto besser!"

aus: Flugschrift "Revolution ist die einzige Lösung", November 1989, S.2

sondern auch verlorengegangene Inhalte sowohl bei der SED-PDS als auch bei allen sogenannten Oppo-Gruppen. Wie hieß es so schön in der Zeitung der Ortsgruppe Prenzlauer Berg vom "Demokratischen Aufbruch" (DA) im November 89: "Sozialismus ist die Selbstbestimmung des Volkes."

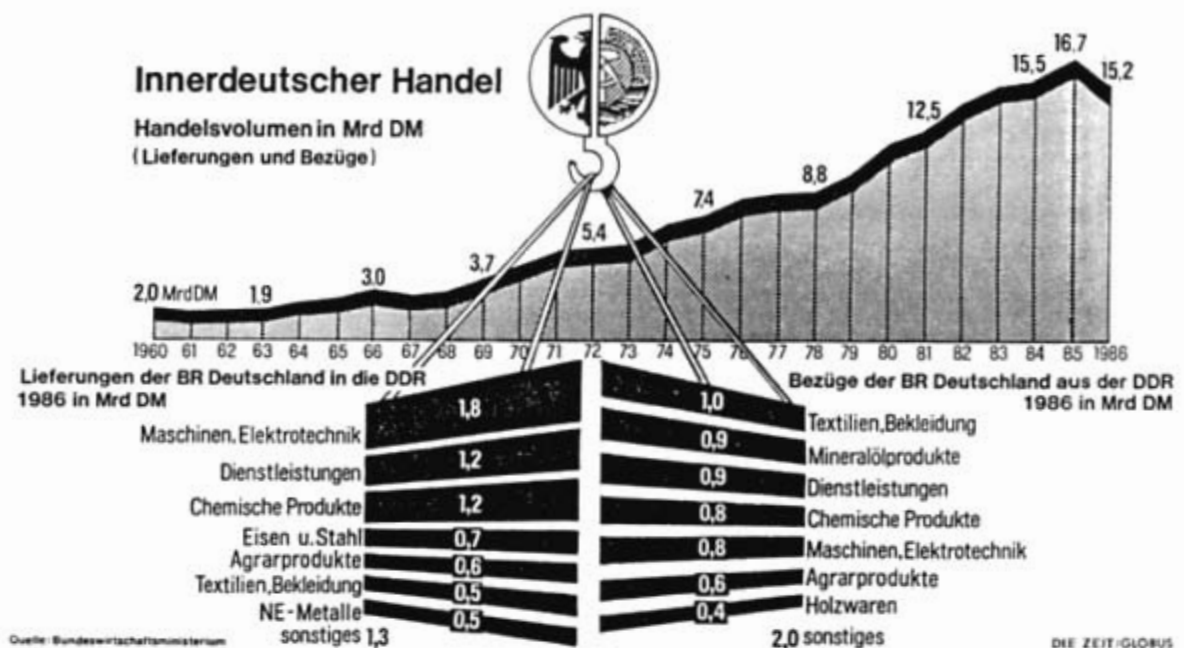


Über die gegenwärtigen DDR-Eroberungsstrategien des BRD-Kapitals

Noch in diesem Jahr werden aufgrund der Hochkonjunktur 8,3 Milliarden DM mehr in die Kassen der Kommunen, der Länder und des Bundes fließen, 1990 sollen es sogar 12 Milliarden werden (Quelle: taz v.13.11.89). Vor dem Hintergrund solcher Gewinne, die sich im Inland nicht produktiv akkumulieren lassen und somit über die Steuergesetzgebung der "Allgemeinheit" zufließen, kamen die Löcher in der Mauer gerade recht.

Seit 1985 waren sowohl die Warenlieferungen als auch die Warenbezüge von der DDR seitens der BRD

rückläufig (siehe Schaubild). Auch der Kapitalexport entwickelte sich mäßig. Nach Untersuchungen des DIW waren vor der Öffnung der Mauer 140 Unternehmen in insgesamt 1.100 Kooperationsprojekten mit der DDR verbunden. Hierbei handelte es sich in aller Regel um "reine" Handelsbeziehungen. Nur wenige Projekte - wie z.B. die Salamanderschuhproduktion - waren auf direkte Gewinnerzielung durch Abpressung von Mehrwert beim DDR-Proletariat ausgelegt (Quelle: Deutsche Bank, DDR-Special v.4.12.89, S.12). Die immer klarer werdenden Aussagen der neuen



SED-Führung und der DDR-Oppo-Gruppen, sowie der "Blockparteien" der DDR hinsichtlich der Rekonstruktion privatkapitalistischer Verhältnisse, veranlaßten westdeutsche Großkonzerne alsbald für dem Kapitalexport den Blick nach Osten zu richten - ein Stück weit weg vom "EG-92"-Projekt:

- ☞ die SPD veröffentlichte im November 89 das sogenannte "Bülow"-Papier, worin der DDR sofortige Währungsreform, Entstaatlichung der Betriebe, Einfrieren der Sparguthaben und der Import westeuropäischen Kapitals vorgeschlagen werden;
- ☞ Siemens projektierte im November 89 den Aufbau eines neuen Telefonnetzes in der DDR
- ☞ Unilever sondierte im November 89 Möglichkeiten des Warenexports;
- ☞ die IGM schlug auf ihrem Gewerkschaftstag vor, der DDR eine Art "Marshallplanhilfe" zukommen zu lassen;
- ☞ Mannesmann verbreitete am 29.11.89 sein Vorhaben auf Ausweitung seiner DDR-Wirtschaftsbeziehungen;
- ☞ AEG und LEW Henningsdorf beschlossen im Dezember 89 die Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens;
- ☞ die FDP rechnete am 2.12.89 vor, daß die DDR insgesamt eine Kapitalimportbedarf in Höhe von 942 Milliarden DM habe;
- ☞ die CDU-Mittelstandsvereinigung gab am 3.12.89 die Einrichtung einer Werkzeug- und Maschinen-

börse für die DDR bekannt;

- ☞ der BRD-Einzelhandelsverband erklärte am 3.12.89, daß eine BRD-Unternehmensberatungsfirma "Schubladenpläne" für die Eröffnung von Filialketten in der DDR ausarbeite und dafür derzeit Untersuchungen in der DDR anstelle;
- ☞ Salzgitter AG veröffentlichte am 10.12.89 den Plan für ein Gemeinschaftsunternehmen in der DDR;
- ☞ Bertelsmann eröffnete am 12.12.89 einen Buchclub in Dresden als Pilotprojekt;
- ☞ Schindler AG verkündete am 13.12.89, daß ein Gemeinschaftsunternehmen in der DDR projektiert sei;
- ☞ ASU, die Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer in der BRD, nahm am 14.12.89 die Schulungsarbeit für DDR-Betriebsleiter auf;
- ☞ Siemens verkaufte am 15.12.89 Überwachungssysteme an DDR-AKW's;
- ☞ VW und IFA bekamen seitens des Bundeskartellamt am 15.12.89 die Zusage ein Gemeinschaftsunternehmen in der BRD und später in der DDR zu errichten;
- ☞ Preussen-Elektra erklärte am 15.12.89 die Ausweitung des Stromverbunds mit der DDR;
- ☞ Reemtsma führte am 19./20.12.89 in Dresden Gespräche über den Aufbau einer Produktionslinie;
- ☞ Die Commerzbank und die Westdeutsche Landesbank gaben am 19.12.89 die Einrichtung von

Verbindungsbüros in Ostberlin bekannt;

- Die Dresdener Bank stiftete am 20.12.89 20 Millionen DM und kündigte die Eröffnung einer Geschäftsstelle in Dresden an.

Während auf der einen Seite die Einzelkapitalien nach individuellen Anlagemöglichkeiten zu suchen begannen, verlegten sich die bürgerlichen Parteien und ihr BRD-Staat auf die Entwicklung sogenannter mittelfristiger Rahmenbedingungen für die Inbesitznahme der DDR-Wirtschaft. Der November und Dezember 1989 waren geprägt von der Kontroverse zwischen CDU und SPD in dieser Frage. Anstoß erregte Kanzler Kohls "10-Punkte-Plan zur Deutschlandpolitik", indem dort durch die Hervorhebung der "Wiedervereinigung" deutlich gemacht wurde, daß die DDR nur dann ein Objekt des westeuropäischen Kapitals sein könne, wenn das BRD-Kapital seine Chancen zuvor ausgelotet habe. Dies rief die politischen Vertreter des europäischen Kapitals auf den Plan, allen voran Mitterand, der auf seinem DDR-Besuch im Dezember 89 nochmal deutlich machte, daß das frz.Kapital nicht bereit sei, dem BRD-Kapital solch eine exklusive Stellung im Rahmen der EG einzuräumen. Solche Töne wurden von der neuen SED-Führung wohlwollend aufgenommen, entsteht für sie aus der Konkurrenz der verschiedenen europäischen Kapitalfraktionen die Möglichkeit der Auswahl und damit Verkauf zum höchsten Preis. Die CDU schien vorübergehend isoliert. Gab es nicht nur Schelte von Gorbatschow und Bush, sondern angesichts der nahenden Bundestagswahlen drohte die SPD in dieser für das BRD-Kapital zentralen Frage zum ernsthaften Konkurrenten in Sachen Regierungsmacht zu werden. So begab sich Kanzler Kohl alsbald in die DDR, traf Modrow in Dresden, öffnete weitere Löcher in der Mauer und relativierte seine Wiedervereinigungsaussagen hin zur Gummiformulierung des "europäischen Hauses". Gleichzeitig erfolgte am Wochenende das 16./17.12.89 der "Berliner Parteitag" der SPD und die dort beschlossene Erklärung "Die Deutschen in Europa" hätte nun auch wieder auf einem CDU-Parteitag verabschiedet werden können:

"Die Einigung Europas und die Einigung der Deutschen sind eng miteinander verbunden. Das eine ist nicht auf Kosten des anderen zu erlangen." (zitiert nach Tagesspiegel v.19.12.89)

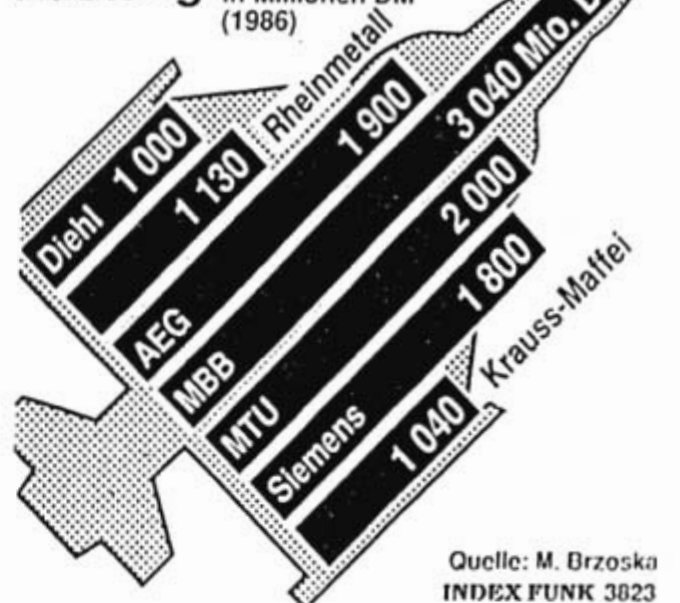
So wie es zur Zeit scheint, liegen die großen bürgerlichen BRD-Parteien im Trend mit den Linienvorgaben und dem Such- und Testverhalten der westdeutschen Konzerne. Dies soll exemplarisch durch Vergleich der DDR-Strategien des Multis AEG mit jenen des westberliner Mittelbetriebes KRONE belegt werden:

KRONE AG

In den "vdi-nachrichten" v.17.11.89 und in einem Artikel der "Welt" v.20.11.89 wurde auf die Schwierigkeiten der Firma Krone im Ringen um einen Marktanteil in Sachen mobiles Telefon eingegangen. Zum einen stagniert das Geschäft bei Krone, weil Schwarz-Schilling immer noch nicht einer bestimmten

Geschäft mit der Rüstung

Rüstungsumsätze in Millionen DM (1986)



Quelle: M. Brzoska
INDEX FUNK 3023

Firmengruppe den Zuschlag für das Inlandsgeschäft gegeben hat.

Zum anderen herrscht ein starker Preisverfall auf dem internationalen Markt, der die finanzschwache westberliner Firma zwingt, die Fertigung in sogenannte "Billiglohnländer" zu verlagern, um die Profitrate zu halten. Der umgehende Export von Kapital in die DDR erscheint demnach für Krone als der derzeit günstigste Ausweg aus diesem Dilemma. Dies in zweierlei Hinsicht: Erstens ist die DDR gegenwärtig auch ein "Billiglohnland"; aber zweitens ist die DDR auch noch ein unerschlossener Absatzmarkt. So hatte BDI-Präsident Necker vorgeschlagen, daß die DDR sich auf mobile Telefone ausrichten sollte, um so dem hereinströmenden Kapital eine entsprechende Kommunikationsstruktur gewähren zu können, was sonst mit herkömmlicher digitaler Leistungstechnik noch Jahre dauern würde. Die Firma Krone hatte schon früher an die Möglichkeit des Aufbaus einer Fertigungslinie in der DDR für Leiterplatten gedacht, doch "logistische Hürden" sollten dies bisher verunmöglicht haben. Geht es nach Firmenchef, Klaus Krone, so könnte die Fertigung heute sofort in einem neu zu errichtenden Werk im Grüngürtel des Großraums von Gesamtberlin erfolgen. Der gegenwärtige Kurs der "Ostmark" sei ihm egal, ließ er verlauten. Erstmal Kapital exportieren, die Rechts- und Beteiligungsformen - wie etwa bei einem Joint-Venture-Modell - könnten seiner Meinung wesentlich später erfolgen. Schließlich könne die Planwirtschaft nicht einfach abgeschafft werden und Druck würde die Reformbewegung nur stören. Und um seinen entschiedenen Willen unter Beweis zu stellen, habe die Firma Krone sein altes, geräumtes Produktionsgebäude in Westberlin für "Übersiedler" als Notlager zur Verfügung gestellt, die Betriebsfußballmannschaft habe bereits gegen eine Lagermannschaft gespielt und er hoffe, er Klaus Krone, daß dies alles Vertrauen für seinen Drang in die DDR stifte. Im übrigen vergaß Klaus Krone auch nicht daraufhinzuweisen, daß die ausländischen ArbeiterInnen erst nach dem Mauerbau im westberliner

Werk eingestellt werden mußten.

AEG

Der Multi spürt z.Z. keinen Drang nach Neugründung von Projekten in der DDR. Lediglich bestehende Verbindungen - wie die mit der LEW-Henningsdorf - werden in Richtung Kapitalexpert erweitert. Im Spiegel Nr.44 und 45-89 legte der AEG-Vorstandsvorsitzende, Heinz Dürr, diese Linie genau dar. Ihm ginge es erstmal um die Schaffung neuer Rahmenbedingungen, ließ Dürr dort verlauten. Dazu zählte er:

- ☞ Entwicklung eines "schlüssigen" Gesamtkonzepts von Seiten der DDR, was die "Härten" berücksichtigt, die dabei entstehen werden, so. z.B. die "Übergangsarbeitslosigkeit";
- ☞ Herausbildung einer neuen "flexiblen" Managementschicht in der DDR;
- ☞ Umwandlung des Staates in eine "dienende Bürokratie";
- ☞ ein am Westen orientiertes "durchschaubares" Steuersystem;
- ☞ "freie" Preisbildung und konvertible Währung;
- ☞ Investitionen von DDR-Seite ins sogenannte "Humankapital";
- ☞ Neuordnung der Cocom-Liste;

Ansonsten verwies er auf das "Bülow-Papier", hierin sähe er die richtige Richtung.

Wodurch das Verhältnis dieser beiden und der anderen Kapitalisten zueinander ökonomisch bestimmt wird, dem einen steht das Wasser am Hals, der andere hat noch den langen Atem, das hat **Karl Marx** bereits im "Kapital" treffend analysiert:

"Solange alles gut geht, agiert die Konkurrenz...als praktische Brüderschaft der Kapitalistenklasse. so daß sie sich gemeinschaftlich, im Verhältnis zur Größe des von jedem eingesetzten Loses, in die gemeinschaftliche Beute teilt. Sobald es sich aber nicht mehr um die Teilung des Profits handelt, sondern um Teilung des Verlustes, sucht jeder soviel wie möglich sein Quantum an dem selben zu verringern und dem andern auf den Hals zu schieben. Der Verlust ist unvermeidlich für die Klasse. Wieviel aber jede einzelne davon zu tragen, wie weit er überhaupt daran teilzunehmen hat, wird dann Frage der Macht und der List, und die Konkurrenz verwandelt sich dann in einen Kampf der feindlichen Brüder." (MEW 25, S.263)

Und solche Gesetzmäßigkeiten werden demnächst auch die DDR bestimmen. Dabei dürfte es für das DDR-Proletariat einerlei sein, ob es sich um BRD-Kapital handelt oder ob es vom eigenen, japanischen, französischen oder belgischen oder sonst welchem gesaugt wird.

Die 30 größten DDR-Kombinate

	Beschäftigte	Zahl der Betriebe	Umsatz in Mrd. Mark der DDR	Industriezweig	Produktionsprogramm
VEB Kombinat Bauwolle Karl-Marx-Stadt	70.000	26	8,6	Textilindustrie	Baumwollverarbeitung Garne und Zwirne, Hochfaserwolle, z.B. Bettwäsche, Oberbekleidung
VEB Kombinat Carl Zeiss Jena Jena	70.000	24	5,2	Fertigungsmechanik und Optik	Optische Geräte: Ferngläser, Kameras, Mikroskope, Planetarien, Theodoriker, Jenseit-Glas, Brillen
VEB Kombinat Robotron Dresden	69.000	21	11,4	EDV- und Büromaschinenbau	Büromaschinen, insbesondere Schreibmaschinen und Buchungsautomaten, Teletypen, EDV-Anlagen, Computer, Fernseher
VEB Kombinat Mikroelektronik Erfurt	59.000	18	7,5	Elektronindustrie	Uhren, elektronische Bauelemente, Halbleiter, Mikroprozessoren, Sensoren, Kleinschmelze, Blödführer
VEB Kombinat Fortschritt Landmaschinen Neustadt in Sachsen	58.000	22	6,7	Landmaschinenbau	Traktoren, Landmaschinen aller Art, Lademaschinen, Bodenbearbeitungsgeräte
VEB Kombinat Schiffbau Rostock	58.000	19	4,9	Schiffbau	See- und Küstenfahrzeuge, Fischereifahrzeuge, Binnenfahrzeuge und Freizeitschiffe, Dienstfahrzeuge
VEB Kombinat Automaten- und Präzisionsmechanik Berlin	58.000	25	4,9	Elektronindustrie	Geräte der Meß-, Steuer- und Regeltechnik, Zählmaschinen, elektronische Steuerungen
VE Braunkohlenkombinat Senftenberg Braunkohle-Öst	55.000	29	6,0	Bergbau	Braunkohlebergbau, mineralische Rohstoffe, Braunkohleerzeugung
VEB IFA-Kombinat Nutzfahrzeuge Ludwigsfelde	55.000	22	5,8	Fahrzeugbau	Lastkraftwagen, Anhänger, Spezialfahrzeuge, Motoren, Getriebe und Aufbauten
VEB IFA-Kombinat Pkw Karl-Marx-Stadt	55.000	30	4,7	Automobilindustrie	Personenfahrzeuge mit Zubehör - ausgenommen Fahrzeugteile
VEB Kombinat Traktorbau Karl-Marx-Stadt	54.000	65	5,2	Textilindustrie	Oberbekleidung, Wäsche, Mäntel und Strickwaren
VE Braunkohlenkombinat Bitterfeld	53.000	41	4,0	Bergbau	Braunkohlenbergbau, mineralische Rohstoffe, Braunkohleerzeugung
VEB Metallkombinat "Johann Paetz" Eisenhütten	47.000	10	7,7	NE-Metallindustrie	Kupfererz, Kupfer, Halbleitungen aus Kupfer und Zinn, Zinn, Zinnlegierungen, Bronze
VEB Kombinat Schuhe Weilerenters	45.000	36	3,2	Schuhindustrie	Schuhe und Sandalen aller Art
VEB Kombinat Luftverkehrsmaschinenbau Berlin	41.000	24	3,1	Schwermaschinenbau	Kraftwerksaggregate, Turbinen und Verdichter, Energieschrauben, Hochdruck-Rohrleitungsbau
VEB Schwermaschinenbaukombinat TAFRAF Leipzig	40.000	26	4,8	Schwermaschinenbau	Tagelohr-Untergerichte, Scheuförderer und Erntemaschinen, Fließbandrollen und Antriebe, Krane
VEB Kombinat Wolle und Seide Meerane	39.000	21	4,0	Textilindustrie	Wolle, Kammergarnstoffe, Gelege, Gewirke, Gestriche, Hauswandstoffe
VEB Kombinat Nachrichtentechnik Leipzig	38.000	18	3,7	Elektronindustrie	Fernsprech- und Fernschreibtechnik, Übertragungstechnik, Optoelektronik, Lichtleitertechnik
VEB Kombinat Bauwerke Leipzig	38.000	38	3,0	Baummaschinen/Gießereien	Baummaschinen, Gießereianlagen, Gießereibehälter, Gießereizugmaschinen
VEB Goskombinat Schmelze Pulpe	37.000	7	8,0	Energie	Städtisches Brauereiwerk, Kuppelprodukte wie Branze, Tee und Schwarztee
VEB Kombinat Decke Plauen Plauen	35.000	52	4,0	Textilindustrie	Teppiche, Gardinen, Plüsch, Möbelstoffe, Posamenten, Plauerer Spitze
VEB Kombinat Textile Karl-Marx-Stadt	35.000	33	3,0	Textilmaschinenbau	Maschinen, Anlagen und Zubehör für Chemiefaserindustrie, Spinnereien und Zwickereien
VEB Qualitäts- und Essigkombinat Brandenburger	34.000	9	7,5	Stärkeindustrie	Semmel-Markin-Stärke und Dessertstärke, Getreide, Backwaren, Diätkost
VEB Chemiewerk Leitzsch-Grimma	34.000	12	2,3	Anlagenbau	Chemieanlagen, Zuckerfabriken, Brauereitechnik, Bioteknik, Biogas- und Abwasseranlagen
VEB Kombinat Papi- und Elektroherstellung Berlin-Hellersdorf	32.000	14	6,5	Kunststoffverarbeitende Industrie	Gummiwaren, Kunststoffzeugnisse, Kuppelungen und Bremserbauelemente, Dichtungselemente, Filtergeräte
Kombinat VEB Elektro-Apparate-Werke Treppe Berlin	32.000	20	4,2	Elektronindustrie	Automatisierungstechnik, Schalterelektronik, Steuer- und Meßtechnik, Schall- und Musiktechnik
VEB Kombinat Kal Sonderhausen	32.000	10	3,0	Bergbau und Kalkindustrie	Kalkbergbau und -dünngemische, Bepreparatstoffe, Soda, Sodaasche
VEB Petrochemisches Kombinat Sverdlov	30.000	5	28,3	Mineralölindustrie	Mineralölprodukte, Aromaten, organische Chemierohstoffe, Kohlenchemie
VEB Leuna-Werke Wöhrlich, Leuna	30.000	5	12,1	Chemische Industrie	Mineralölprodukte, Gungmittel, Gase, Leuna, Harze, Katalysatoren
VEB Chemiekombinat Bitterfeld Bitterfeld	30.000	7	8,0	Chemische Industrie	Anorganische Chemikalien, Aluminium, Pflanzenwachstumsmittel, Farbstoffe, PVC-Erzeugnisse

Aus: Probleme der Marxisten-Leninisten, o.O. 1967, reprintet in:

KAB (Vorläufer des KB) Revisionismuskritik 3, Hamburg 1971, S.26f

An einen Kommunisten in der DDR müßte man in jeder Hinsicht höhere Ansprüche stellen als an jeden beliebigen anderen Bürger. Ein Funktionär in der DDR, ganz gleich auf welcher Ebene, müßte sich auszeichnen durch Bescheidenheit, zugänglich für jede Kritik und selbstkritisch gegenüber der eigenen Person und den eigenen Handlungen, er müßte ständig von den Massen lernen, ohne sich von den negativen Strömungen unter den Massen unterkriegen zu lassen. Aber auch diese negativen Strömungen müßte er real und nüchtern zur Kenntnis nehmen und mit großer Entschlossenheit und Überzeugungskraft bekämpfen.

Wie sieht es aber in der Praxis der DDR aus?

Wie lebt solch ein „sozialistischer“ Manager in der DDR, der zumeist wichtiger Partei-, Wirtschafts- und Verwaltungsfunktionär in einer Person ist?

Nachdem das Dienstmädchen (die gibt es auch dort noch) ihm das Frühstück bereitet hat, verläßt er seine Villa oder Komfortwohnung. Die Wohnungen werden in der Regel beige stellt, kosten wenig, sie sind für diese speziellen Zwecke besonders komfortabel angelegt, befinden sich zumeist in einer besonderen Lage in einer Umgebung, in der ebenfalls nur ähnliche Wohnungen zu finden sind. Auf ihn wartet in der Regel ein Dienstwagen mit Chauffeur, während sein eigener Wagen seiner Frau, seinen Kindern bzw. seinem eigenen Wochenende vorbehalten bleibt. Zwar arbeitet er dann sehr intensiv, aber sein Arbeits- und Erlebnisbereich unterscheidet sich auch in nichts von dem eines kapitalistischen Managers.

Die Gehälter mit allen anderen finanziellen Einkünften betragen natürlich das Mehrfache — oft sogar das 10- bis 20fache eines Arbeitereinkommens. Früher kaufte man seine Lebensmittel und Bedarfsartikel in internen Läden mit speziellen Ausweisen — mitunter etwas verschämt. Heute geschieht das ganz offen in den

„Exquisit“-Läden. Dort kann man sämtliche Spitzenprodukte der DDR, die sonst nur für den Export bestimmt sind, kaufen. Dort gibt es aber auch sämtliche Produkte aus dem kapitalistischen Ausland. Theoretisch kann dort natürlich jeder kaufen — vorausgesetzt, er hat das nötige Geld für die stark überhöhten Preise oder Devisen.

Da die Privilegierten zusammenwohnen, sind natürlich die Schulen, Kindergärten und sonstige soziale und kulturelle Einrichtungen in ihrer Umgebung besonders ausserlesen. Schließlich sitzen sie ja an der Quelle des Einflusses und der Beziehungen — und für die Jugend — insbesondere die eigenen Sprößlinge — ist natürlich nichts zu schade. Wie die Privilegierten der zweiten Generation, die unter den angeführten Bedingungen aufwachsen, aussehen und was sie anrichten werden, sich das vorzustellen, dazu bedarf es nicht mehr allzuviel Phantasie.

Damit aber nicht genug. Den Felerabend verbringen diese „Herrschaften“ standesgemäß in entsprechenden Klubs, die für spezielle Zwecke existieren, eine sehr „gepflegte Atmosphäre“ besitzen und nur für „Mitglieder“ bestimmt sind. Natürlich stehen außerdem entsprechende Bars u. ä. Einrichtungen zur Verfügung, die jedem westlichen Vergleich standhalten. Darüber hinaus besitzen diese „Sozialisten“ ihre Wochenendhäuser, ihre Segel- oder Motorboote und haben auch sonst noch genügend Gelegenheit, ihren oft nicht billigen „Hobbys“ zu frönen.

So „wertvolle“ Menschen müssen erhalten und gepflegt werden. Schließlich „sorgt man sich um den Menschen“ — insbesondere wenn er zu den Privilegierten gehört. Darum gibt es speziell für sie eigene Krankenhäuser, Sanatorien und Urlaubsstätten — damit sie ja nicht mit dem „gewöhnlichen“ Volk in Berührung kommen. Aber auch da gibt es noch, entsprechend der Stellung in der Hierarchie, Abstufungen. Für die ganz Privilegierten gibt es dann noch extra Stätten, die im Ausland, zumeist in der Sowjetunion liegen.

Kann man die gegenwärtige Entwicklung in der DDR nur noch als tragisch bezeichnen, so wird die Zukunft für manch einen ehrlichen Kommunisten noch böse Enttäuschungen bereithalten.

Inzwischen ist nämlich die zweite Generation von Technokraten, „Spezialisten“, Bürokraten und Apparatschiks herangewachsen. Und die ist weit schlimmer noch als die erste Generation — vor allen Dingen ist sie perfekter und trägt schon stärkere Züge einer neuen Klasse. Sie kommen zumeist von der Schulbank direkt in ihre Führungspositionen und haben zum Volk, zur Arbeiter- und Bauernklasse noch weniger Verbindung als ihre Vorgänger. Sie kennen keine Klassensolidarität im Geiste des proletarischen Internationalismus, körperliche Arbeit ist für sie eine „Erniedrigung“ und für ihre eigene Person auch „unökonomisch“. Für sie zählen nur Produktionsergebnisse, taktische, politische Vorteile und nicht zuletzt ihre eigenen persönlichen Vorteile. Sie sind die Träger einer neuen konterrevolutionären, bourgeoisen Entwicklung in der DDR mit neuen Machtbeziehungen zu den Produktionsmitteln.

Sie können keinen Beitrag mehr zur Lösung der nationalen Frage und zum Sieg des Sozialismus in Deutschland leisten. Ohne ihren Sturz und ohne ihre Beseitigung ist der Sozialismus in der DDR für eine ganz erhebliche Zeitspanne zurückgeworfen. Darüber hinaus sind sie ein ernstes Hindernis zur Er kämpfung eines einheitlichen sozialistischen Deutschlands.

Die Arbeiterklasse in der BRD und alle anderen unterdrückten Schichten in der BRD sind für sie nur ein von Fall zu Fall zu benutzender außenpolitischer Faktor, um ihre eigenen machtpolitischen und egoistischen Pläne zu verwirklichen. Wie oft wurden schon aufrechte und gutgläubige westdeutsche Kommunisten diesen Plänen kaltblütig geopfert. Wie oft verwechselte schon mancher junge unerfahrene Genosse, der ihren Anweisungen blindlings folgte, politische Arbeit mit nachrichtendienstlicher Tätigkeit und fügte damit unserer Bewegung großen Schaden zu.

Aus: Deutsche Volkszeitung/die lat - Nr. 50 - 8. Dezember 1989

Dieter Bongartz

Quedlinburger Requiem

Bericht vom Ende der Utopie

Donnerstag, 30. 11. 1989

Pünktlich um 19.30 Uhr eröffnet der Pfarrer der Nikolaikirche, Jörg Reißmann, das „Gebet für unser Land“. Der Redner, ein starker Raucher mit einem schmalen verkniffenen Gesicht, stark geränderten Augen und einer brüchigen Stimme, im Neuen Forum aktiv, resümiert, was bislang erreicht wurde: Reisefreiheit, Meinungsfreiheit ... und setzt sich mit der um: sich greifenden Forderung nach Wiedervereinigung auseinander. „Ich habe noch ein Stückchen Angst vor einer Wiedervereinigung“, meint der Pfarrer – schwungvoll sagt er es nicht. Reißmann zitiert einen Satz aus der Schrift: „Wer aber sein Leben verliert um meinetwillen, der wird leben.“ Er bietet die Worte seinen Zuhörern an: „Und uns wünsche ich auch, daß wir unser Leben nicht mehr so sichern wie gewohnt und uns entschließen, Verantwortung zu übernehmen. ... Ich wünsche uns Nachdenklichkeit. Daß wir nicht nur schimpfen und den Finger in die Wunden legen, sondern anfangen zu überlegen und mitzuarbeiten.“ Er bekommt Beifall von denen, die in den engen Kirchenbänken sitzen und auf der Empore und in den Gängen dichtgedrängt stehen, von älteren, jüngeren Menschen, die aufmerksam sind, deren innere Verfassung der Beobachter aber nicht aus ihrem Mienenspiel ablesen kann. In der Versammlung, die ohne eine lenkende Leitung auskommt, herrscht Ernsthaftigkeit.

Zwei Jugendliche treten an das Mikrophon, am Montag und Mittwoch haben sie sich in ihrer Gruppe bemüht, Worte für das, was sie wünschen, zu finden. Es fiel ihnen schwer, und sie wären sicher nicht weit gekommen, wenn nicht der Jugenddiakon Hans Jaekel, der seit langem in Quedlinburg oppositionelle Arbeit zusammen mit Jugendlichen unter dem Schutzdach der Kirche organisiert hat, wenn der in solchen Dingen erfahrene Jaekel ihnen nicht die Formulierungen abgenommen hätte. So lesen sie fremde Worte, erwachsene Worte, die dennoch ihre Gefühle treffen, das merkt man an dem verhaltenen Stolz und dem Ernst, der sie nebeneinander, sich abwechselnd, den „1. Standpunkt der Arbeitsgemeinschaft Jugend des Neuen Forums Quedlinburg“ vortragen läßt. Aber auch ihre Aufforderung, nun massenhaft die FDJ zu verlassen, findet eher pflichtgemäßen Beifall.

Dann tritt Dieter Rehbein, einer der zahlreichen Ärzte des Ortes, die auf der Plattform des Neuen Forums arbeiten, vor. Der Psychiater trägt eine Lederjacke. Über seine Lesebrille hinweg schaut er sein Publikum an. Rehbein besitzt vor diesem Auditorium Autorität. Am letzten Donnerstag, als es in der Nikolaikirche um die Ereignisse in der CSSR 1968 ging, stand er ebenfalls an dieser Stelle und las aus Stefan Heyms „Nachruf“ passende Passagen vor. Jetzt wirft der Arzt Rehbein dem Schriftsteller Heym wegen seines Aufrufs „Für unser Land“ „platte Schwarzweißmalerei“ vor. (Eigenständigkeit der DDR oder Ausverkauf an die Bundesrepublik, so skizziert der Appell die herangereifte Alternative. Er fordert auf, den ersten Weg zu gehen.) „Dagegen steht“, sagt Rehbein, „daß in Leipzig, der Hauptstadt der Revolution, immer mehr Demonstranten die deutsche Einheit verlangen.“ – Starker Beifall. – „Ich bin für eine baldige Konföderation beider deutscher Staaten, mit dem Endziel: Deutschland – einig Vaterland.“ Der Beifall wächst zum Jubel. Zwei junge Männer stehen auf, entrollen ein schwarzrotgoldenes Transparent. Ihr Spruchband wiederholt die Zeile aus der Nationalhymne der DDR, die der Doktor soeben zitiert hat: „Deutschland – einig Vaterland“. Ich schaue mich um. In den Tagen meines Aufenthalts habe ich einige von denen, die hier stehen, kennengelernt, darunter solche, von denen ich genau weiß, daß sie eine Wiedervereinigung, die derzeit nur nach den Regeln der Deutschen Bank funktionieren kann, ablehnen. Das sind vor allem junge Leute, die sich schon lange und unter Inkaufnahme von persönlichem Risiko mit ihrer Gesellschaft auseinandersetzen. Ich sehe sie, wie sie ein paar Augenblicke, dem allgemeinen Strom folgend, dem Doktor zu klatschen. Erst nach quälenden Sekunden scheinen sie wach zu werden, lächeln irritiert, mokant oder verlegen, schauen an sich herunter, als wäre gerade an ihnen ohne ihr Zutun eine Re-

flexhandlung (aus dem resultierend, was sie in der Vergangenheit gelernt haben) abgelaufen. Doch dann verstehen sie rasch: daß sie – kaum aus den Kellern ihrer Opposition zu Hauptdarstellern emporgeklettert – schon wieder zur Minderheit gehören. Sie sind gegängelt und drangsaliert worden in der Vergangenheit. (Sie erzählen das ohne Effekthascherei.) Nun stehen sie da und haben den Stein endlich ins Rollen gebracht, und die Sache nimmt eine andere als die gewünschte Richtung.

Henning, einem lang aufgeschossenen Zivildienstleistenden, entfährt ein Fluch, als der Beifall für Dr. Rehbein eindeutig macht, wessen Stunde in diesem Land geschlagen hat: „Da wünscht man sich ja fast die SED wieder herbei!“

Neue Redner kommen, darunter vor allem solche, die Rehbein unterstützen. Als einziger spricht der Bildhauer Dreysse gegen den Strom. „Der Wohlstand drüben“, sagt er, „ist nicht durch unsere Hände gewachsen, also gehört er uns auch nicht... Des hemmungslosen Konsums wegen an die Bundesrepublik sich angliedern zu lassen: Das sollten wir doch auf keinen Fall als das ansehen, weswegen wir seit Wochen streiten. Wir brauchen Demokratie, nochmals Demokratie...“ Er findet für seine moralischen Argumente keine Mehrheit.

Draußen, eine Stunde später, gegen halb zehn, zum Abschluß der Demonstration, haben sich dann doch noch andere Sprecher der Minderheit gefaßt, Henning spricht von seiner „Angst“ vor dem Ausverkauf, der Schäfer Holm Petri – ein arbeitsloser Zweundzwanzigjähriger mit scharfen Gesichtszügen, einem Mozartopf, Mittelschicht und journalistischen Ambitionen – von dem „bequemen Weg“, den Deutsche im Jahre 1933 und nach 1945 gewählt haben und den sie nun ein weiteres Mal wählen wollen. Dr. Buch, einer der tonangebenden Ärzte, tritt als einziger älterer aus dem Kreis seiner Kollegen und warnt davor, daß seine Mitbürger bald „als die neuen Türken der Bundesrepublik“ verschlissen werden. Es gibt Zwischenrufe auf diese Rede („Sollen wir noch einmal 40 Jahre warten?“) und verhaltenen Beifall.

So endet dieser Abend in Quedlinburg im Widerspruch der Bewegung, die sich über kurz oder lang spalten wird: Mit Begeisterung singt die Mehrheit die Becher-Hymne. Die Minderheit zieht ratlos nach Hause.

Erst am nächsten Morgen erfahre ich, daß im hinteren Bereich der Kundgebung auf dem Carl-Ritter-Platz, am Fuße des 1000jährigen Schlosses, wo Heinrich I. seine Residenz hatte, sich incognito, als wollten sie das Gesamtbild runden, zu den Demonstranten einige Vertreter des amtierenden Kreisrats gestellt hatten. Unerkannt hörten sie in der Dunkelheit die Redner an, waren nicht Teil der Menge und gewannen einen falschen Eindruck von der Stimmung in der Bewegung. Die Forderung nach der Wiedervereinigung habe ja unter den Versammelten mehr Gegner als Freunde gehabt, erzählte mir am nächsten Morgen einer von ihnen.

Auch in dieser staatlichen Fehldiagnose liegt ein Stück meiner Quedlinburger Wahrheiten.

Samstag, 2. 12. 1989, Ballenstedt

Am Fuß eines Berges in Ballenstedt liegt eine Lungenklinik, oben auf der Erhöhung die Bezirksparteischule der SED, wo die Kreisdelegiertenkonferenz der Quedlinburger Genossen ab 8.00 Uhr stattfindet. Ab 7.15 Uhr ist ein Protest gegen diese Veranstaltung an der Lungenklinik angesagt.

Um 7.15 Uhr sind dann tatsächlich einige hundert Menschen versammelt, mit Kerzen und Transparenten. Zufällig gerate ich in den Strom der ersten zur Bezirksparteischule hochfahrenden Delegierten und werde, meinem Autokennzeichen zum Trotz, mit Pfiffen und Beschimpfungen ein Stück auf dem Weg geleitet. „Arbeiten, arbeiten“, brüllen die Demonstranten. Auch der Quedlinburger SED-Kreis hat seine Mini-Mittags: der ehemalige Erste Sekretär der Partei und der Vorsitzende des Rates stehen unter Verdacht des „Amtsmissbrauchs und der Korruption“. Den einen hat man angezeigt, beide aber erst vor zwei Tagen aus der Kreisleitung entlassen. – Nicht schneller als in der Berliner Zentrale erfolgt der Wandel in der Provinz.

Ich gehe noch einmal zu den Demonstranten zurück. Die Stimmung gegen die SEDler wird zunehmend aggressiver. Fäuste werden geschwungen und klatschen auch schon mal auf die Plastekarosserien. Nur eine Minderheit steht schweigend Spalier, hält die Zeichen der Friedfertigkeit, die Kerzen, mahnend den Delegierten entgegen. Es ist bitterkalt, heißer Tee wird gereicht, ein Delegierter, ein Mitarbeiter vom VEB Mertik, dem größten Quedlinburger Betrieb, kommt zu Fuß durch die Gasse und ertotet Pfliffe, als er für sich reklamiert: „Auch ich bin das Volk.“ „Dann geh doch nicht hoch“, sagen die, die ihn umringen. Der Delegierte rückt seine Brille zu recht. „Ich will etwas ändern, darum nehme ich teil.“ – „Laßt ihn doch“, lenkt einer ein, „er kneift wenigstens nicht.“ So lassen sie ihn, er geht, sie sprechen noch kurz über den Vorfall und wenden sich dem nächsten Fahrzeug zu.

Kurz nach acht wird die Konferenz eröffnet. Der neue, noch junge Erste Sekretär Hans-Jürgen Schmidt, Anzug, Krawatte, weißes Hemd, schwarze, am Rande gescheitelte Haare, ein blasser, entschlossen wirkender Mann, erinnert an die verstorbenen Genossen des Jahres. Die Delegierten erheben sich. Dann verliest Schmidt die Geschäftsordnung. Ein zeitgemäß kleines, vierköpfiges Präsidium wird gewählt. Es nimmt sich in dem zweireihigen, auf 22 Sitze ausgelegten, festinstallierten Podium verloren aus. Vor grünem Vorhangtuch hängt die Fahne der Partei. Von 350 Delegierten sind 287 anwesend. Die Forderung nach Rücktritt der Kreisleitung findet keine Mehrheit im Saal. Dafür werden (mit etlichen Gegenstimmen) vier Vertreter des Neuen Forums eingeladen. (Sie treffen nach der Frühstückspause ein und entschuldigen sich für die Übergriffe am frühen Morgen.) Hans-Jürgen Schmidt stellt in seinem Bericht fest: „Was in unserem Land abläuft, ist eine revolutionäre Volksbewegung für den Sozialismus, in der unsere Partei nicht an der Spitze steht... Der Sozialismus steht nicht zur Disposition. Aber viele fragen, ob der Sozialismus in der DDR noch eine Chance hat.“ Er fordert, sich „mit Nachdruck und unerbittlich einer wahren innerparteilichen Demokratie“ zuzuwenden. „Daß wir auf dem Weg sind, beweisen die zuletzt stattgefundenen Mitgliederversammlungen in unserem Kreis.“ (Ich nahm an einer teil, bei VEB Mertik, ein niedergedrücktes Treffen, auf dem nur 35 Prozent der übriggebliebenen Genossen anwesend waren und – nachdem sie sich über ihre Beschlußfähigkeit gestritten hatten – eine Zeitlang die Frage künftiger Beitragsstaffelungen besprachen.)

Die Fakten, die der Erste Sekretär nennt, zeichnen das Bild des Verfalls: 2380 Austritte bei 9752 verbleibenden Mitgliedern im Kreis. Ein Ende der Austrittsflut ist nicht abzusehen. Das Gebäude der Ortsleitung Quedlinburg soll aufgegeben, das „Haus der Einheit“, Sitz der Kreisleitung, zu einer allgemeinen Begegnungsstätte werden: Endzeitzeichen. Und es paßt nur zu gut, daß im Saal eine beinahe gleichgültige Stille herrscht. Wer erwartet, daß die Delegierten aufstöhnen und klagen, wird enttäuscht. Sie bleiben ruhig, fast apathisch in den Kinositzen des Saals. (In der Sitzung beim VEB Mertik sprang einer auf, aus Wut über einen Ausgetretenen, und schrie in den Saal: „Das habt ihr doch alle gewußt, daß der mit Autos schiebt...“ Eine Genossin legte die Hand auf seinen Arm. „Laß man, sagte sie) – „In wenigen Tagen“, schließt Schmidt seinen Bericht, „klopft der Winter an die Tür. Der Sonderparteitag wird ihn nicht aufhalten... An die Spitze des Kampfes muß die Lösung sein...“ Der Beifall ist höflich. Frühstückspause. Zielstrebig geht es in die Kantine. Ich höre, daß in dieser Versammlung ein größeres Zusammengehörigkeitsgefühl als in früheren Zeiten herrsche.

Nach der Pause sagt Gerhard Meyer, ein vierschötiger alter Genosse, seit 40 Jahren in der Partei, einer der wenigen, aus dem die Erschütterung spricht: „Ich habe oft aus Parteidisziplin gelogen und es ehrlich gemeint. Jetzt sehe ich, wie ich mißbraucht worden bin. Meine eigenen Kinder sagen zu mir, schon vor einem Jahr haben sie das getan: Vater, dein Sozialismus hat versagt... *Es ist éné schmarót, es belastet mich so, daß meine eigenen Kinder mir als Politiker nicht vertrauen.*“ Meyer fordert (wie wenige andere auch) die Auflösung der SED. Er ist in der Minderheit. Auch hier steht die Moral auf der Verliererseite. Die meisten Mitglieder der SED registrieren zwar den Machtverfall, begreifen aber die Folgen nicht: daß die Tage gezählt sind; daß nichts mehr auf ewig bestimmt ist. Es muß wohl so sein, daß in diesem bitteren Auflösungsprozeß in Quedlinburg und andernorts kein Fehler vermieden wird.